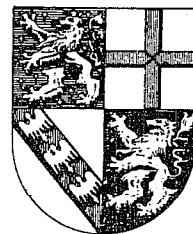


# SAARLAND



## STATISTISCHE NACHRICHTEN

VIERTELJAHRESHEFT  
des  
STATISTISCHEN LANDESAMTES



2

3

4



2

3



2

Ausgabe 1/1982

Statistisches Amt des SAARLANDES

## **Statistische Nachrichten**

**Vierteljahreshefte des Statistischen Amtes des Saarlandes.**

**Hrsg.:** Statistisches Amt des Saarlandes  
Postfach 409, Hardenbergstr. 3  
6600 Saarbrücken  
Telefon: 0681-505 930

**Bezugspreis:** Einzelheft **3,00 DM**  
Jahresabonnement **10,00 DM**

**Bestellungen:** Statistisches Amt des Saarlandes,  
Telefon: 0681-505 927

*NACHDRUCK, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.*

**ISSN: 0721-2410**

# I N H A L T

	Seite
Kurzinformationen	
Kommunale Finanzen im 4. Quartal 1981	5
Preise im privaten Verbrauch steigen weiter	5
Teuerungsrate im Bausektor nahm deutlich ab	5
Rohstahlproduktion um 3,3 Prozent gefallen	6
Steinkohlenförderung auf 10,8 Mio. Tonnen gestiegen	6
Arbeitsstättenzählung 1983 wird vorbereitet	6
7 % der Bevölkerung als Behinderte anerkannt	6
Studentenzahlen weiterhin steigend — über 17 000 Studenten im Saarland	7
Müllanfall gestiegen	7
Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung	8
Zur Wirtschaftslage	9
Beiträge	
Einkommensteuer und Lohnsteuer nach alternativen Sockelbeträgen	10
Insolvenzen im Saarland seit 1970	19
Stagnation im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes 1981	25
Teilhhaberbetrieb im Statistischen Amt des Saarlandes	33
Tabellenteil	
Zahlenspiegel für das Saarland	41
Anhang	
Mitteilung des Amtes	49
Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes	52
Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 4. Quartal 1981	53

### **Zeichenerklärung**

- = Nichts vorhanden.
- 0** = Mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit.
- .** = Zahlenwert unbekannt oder aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.
- X** = Nachweis ist nicht sinnvoll, unmöglich, oder Fragestellung trifft nicht zu.
- ...** = Angabe fällt später an.
- /** = Nicht veröffentlicht, weil nicht ausreichend genau oder nicht repräsentativ.
- D** = Durchschnitt.
- p** = vorläufige Zahl.
- r** = berichtigte Zahl.
- s** = geschätzte Zahl.
- dav.** = davon. Mit diesem Wort wird die Aufgliederung einer Gesamtmasse in sämtliche Teilmassen eingeleitet.
- dar.** = darunter. Mit diesem Wort wird die Ausgliederung einzelner Teilmassen angekündigt.

Abänderungen bereits bekanntgegebener Zahlen beruhen auf nachträglichen Berichtigungen. Abweichungen in den Summen sind in der Regel auf das Runden der Einzelpositionen zurückzuführen. Bei Repräsentativ-Statistiken sind solche Zahlen, die wegen des relativ hohen Zufallsfehlers unsicher sind, in Klammern gesetzt.

# Kurzinformationen

## Kommunale Finanzen im 4. Quartal 1981

Im letzten Quartal des vergangenen Jahres haben die saarländischen Gemeinden und Gemeindeverbände insgesamt 265,4 Mio. DM an Steuern brutto eingenommen, das sind 10 % mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres. Netto, d. h. nach Abzug der Gewerbesteuerumlage, verblieben den Kommunen mit 233,2 Mio. DM sogar 15 % mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diese günstige Entwicklung ist in der Hauptsache auf die Gewerbesteuer zurückzuführen, die brutto über 96 Mio. DM und damit ein beachtliches Plus von fast 38 % erbrachte. Die Einnahmen aus den übrigen Steuern waren dagegen meist rückläufig: Grundsteuer A - 7,2 %, Grundsteuer B - 3,4 %, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer - 2,1 %.

Die Entwicklung der kommunalen Finanzen im 4. Vierteljahr ist allerdings sehr untypisch für das gesamte Haushaltsjahr. Die Steuereinnahmen des Jahres 1981 beliefen sich brutto auf 752,2 Mio. DM, das sind 0,3 % weniger als 1980. Netto ergibt sich nur ein leichter Zuwachs um 1,7 % auf 687,7 Mio. DM. Die Gewerbesteuer erbrachte brutto 335,5 Mio. DM (- 5,0 %), der Einkommensteueranteil 294,9 Mio. DM (+ 3,3 %), die Grundsteuer B 98,1 Mio. DM (+ 3,1 %) und die Grundsteuer A 2,5 Mio. DM (- 6,9 %).

Die fundierten Schulden der saarländischen Kommunen — darunter versteht man alle Verbindlichkeiten mit Ausnahme von Kassenkrediten, inneren Darlehen, Schulden der Eigenbetriebe und der kommunalen Krankenhäuser — stiegen 1981 um 145,8 Mio. DM oder 7,4 % auf 2 119 Mio. DM an. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag damit bei 1 991 DM je Einwohner.

## Preise im privaten Verbrauch steigen weiter

Im Durchschnitt des Jahres 1981 sind die Verbraucherpreise im Saarland — gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Ar-

beitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen — um 5,8 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Eine durchschnittliche Jahresveränderungsrate in dieser Größenordnung hat es seit den Jahren der Ölkrise 1973/74 nicht mehr gegeben.

Während im Jahresverlauf 1981 eine verstärkte Verteuerung mit Jahreszuwachsraten bis zu 6,4 % zu verzeichnen war, hat der Preisanstieg zum Jahresende etwas nachgelassen. Aus dieser leichten Abschwächung der Jahresveränderungsraten im November und Dezember 1981 läßt sich jedoch keine Tendenzwende des Preisauftriebs erkennen.

Bei der Preisentwicklung im Jahr 1981 fiel besonders die starke Verteuerung im Energiesektor ins Gewicht. So sind im Jahresverlauf die Preise für Heizöl im Saarland um 13,6 % und für Gas um 17,5 % gestiegen.

Ein Vergleich mit dem entsprechenden vom Statistischen Bundesamt berechneten Preisindex für das gesamte Bundesgebiet zeigt, daß die jährlichen Zuwachsraten im Saarland etwas niedriger sind, sich aber im Bundestrend bewegen.

## Teuerungsrate im Bausektor nahm deutlich ab

Nach sehr hohen, aber rückläufigen Preissteigerungsraten im Jahr 1980 hat sich auch im Jahr 1981 die Teuerungsrate der Baupreise im Saarland zunächst weiter abgeschwächt. Im August 1981 war die Jahresveränderungsrate bereits auf 5,3 % abgesunken und lag somit deutlich unter den Vorjahresergebnissen (Mai 1980: 10,1 %, August 1980: 8,9 %). Bis zu diesem Zeitpunkt schien die Preiswelle im Baubereich gebrochen.

Zum Jahresende 1981 setzte jedoch wieder ein verstärkter Preisauftrieb am saarländischen Bau-

markt ein. So erhöhte sich die Steigerungsrate des Preisindex für Wohngebäude (in konventioneller Bauart) im Jahresvergleich, von November 1980 auf November 1981, auf 5,9 %, erreichte aber nicht das überdurchschnittlich hohe Niveau von 1980 (8,3 %).

Bei den „Bürogebäuden“ und „Gewerblichen Betriebsgebäuden“ ergaben sich im November 1981 ähnliche Zunahmen der Jahresveränderungsraten wie bei den Wohngebäuden, wobei auch hier keineswegs die Größenordnung der jährlichen Teuerungsraten von 1980 erzielt wurde.

Die Entwicklung der „Tiefbaupreisindizes“, repräsentiert durch „Straßenbau“ bzw. „Ortskanäle“, war während der letzten Monate des Jahres 1981 etwas günstiger. Dabei ergab sich beim Straßenbau von August auf November 1981 nur eine geringe Steigerung der Jahresveränderungsrate, während sich die Teuerungsraten gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres bei den Bauarbeiten an Ortskanalisationsanlagen weiterhin abschwächte.

#### **Rohstahlproduktion um 3,3 Prozent gefallen**

Die saarländische Rohstahlproduktion ist im Jahr 1981 gegenüber dem Vorjahr um 3,3 % gefallen. Mit 4,7 Mio. t lag die Rohstahlproduktion des Saarlandes um 13,2 % unter der des Jahres 1970 und um 26,2 % unter der des Rekordjahres 1974. Im Bundesgebiet ergibt sich gegenüber 1970 ein Rückgang von 7,6 % und gegenüber 1974 von 21,8 %.

#### **Steinkohlenförderung auf 10,8 Mio. Tonnen gestiegen**

Die Steinkohlenförderung des saarländischen Bergbaus lag im abgelaufenen Jahr um 6,4 % über der des Vorjahres. Damit konnte die Förderung gegenüber dem bisherigen Tiefststand 1975 um 20 % erhöht werden. Der Anteil des Saarbergbaus an der bundesdeutschen Steinkohlenförderung belief sich im Jahr 1981 auf 12,3 %.

#### **Arbeitsstättenzählung 1983 wird vorbereitet**

Aufgrund der vorgesehenen gesetzlichen Regelung wird voraussichtlich im April 1983 bundesweit mit der Volkszählung auch eine allgemeine Arbeitsstättenzählung (AZ) stattfinden, die die inzwischen längst veralteten Ergebnisse der letzten Zählung von 1970 ersetzen soll. Im Saarland wurden damals 43 200 nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstätten mit zusammen 424 800 Beschäftigten festgestellt. Die neue AZ hat vor allem zum Ziel, wichtige Bestandsdaten der Unternehmen, Zweigniederlassungen und sonstigen Arbeitsstätten einschließlich Bahn, Post usw. aus allen Bereichen in wirtschaftssystematischer, fachlicher und regionaler Gliederung nachzuweisen. Insbesondere im Bereich des Dienstleistungssektors bestehen bekanntlich erhebliche statistische Informationslücken. Die Bestandsaufnahme ist erforderlich, weil die laufenden Statistiken sich nur auf bestimmte Bereiche bzw. auf Stichprobenergebnisse beschränken. Im Gegensatz zu den meisten Fachstatistiken, für die Adressen der Auskunftspflichtigen verfügbar sind, ist bei der allgemeinen Volks- und Arbeitsstättenzählung die Verteilung der Erhebungsbogen per Post nicht durchführbar; es werden daher ehrenamtliche Zähler bestellt, die innerhalb des jeweiligen Zählbezirkes die einzelnen Haushalte bzw. Arbeitsstätten aufsuchen und die statistischen Angaben einholen werden. Die methodischen, technischen und organisatorischen Vorbereitungen zur Durchführung des Zählungswerkes sind zwischen allen beteiligten Stellen auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene abzustimmen. Eine Probeerhebung, die als Organisationstest bei einer begrenzten Auswahl von Erhebungseinheiten vorgesehen ist, soll im Mai 1982 durchgeführt werden.

#### **7 % der Bevölkerung als Behinderte anerkannt**

Ende Dezember 1981 waren insgesamt 75 260 Personen im Saarland mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 30 % vom Landesversorgungsamt als behindert anerkannt. Das sind rund 7 % der Bevölkerung. Ihre Zahl hat sich im Vergleich zum 31. Dezember 1980 um

17 389 Personen und somit um 30 % erhöht. Dieser bemerkenswerte große Zugang an Behinderten ist vor allem auf die weiterhin anhaltende Antragsflut von Erstanträgen sowie auf die Neufeststellung bereits bewilligter Anträge zurückzuführen. Der Kreis der Schwerbeschädigten (Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50 und mehr Prozent) hat sich seit Ende 1980 von 43 921 auf 57 282 Personen und damit ebenfalls um fast ein Drittel erweitert. Insgesamt waren 38 046 Männer und 19 236 Frauen als Schwerbehinderte anerkannt. Die Gruppe der Behinderten mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 bis unter 50 Prozent vergrößerte sich auf 17 978 Personen (+ 29 %).

#### **Studentenzahlen weiterhin steigend — über 17 000 Studenten im Saarland**

Im Rahmen der Schnellmeldung zur Studentenzahlstatistik (vorläufige Ergebnisse) meldeten die saarländischen Hochschulen für das Wintersemester 1981/82 insgesamt 17 073 Immatrikulierte, darunter waren rund 38 % Studentinnen bzw. 7 % Ausländer (ohne Beurlaubte, Gasthörer, Studienkollegiaten usw.). Die Zahl der Einschreibungen erhöhte sich damit im Vergleich zu den endgültigen Vorjahresergebnissen um 7 %, die der Studentinnen sogar um 10 %. Die Einschreibungen zum Wintersemester 1981/82 verteilten sich wie folgt (in Klammern Vorjahreszahlen):

Universität	14 567	(13 803)
Musikhochschule	306	( 279)
Fachhochschule	1 912	( 1 692)
Kath. Fachhochschule für Sozialwesen	161	( 157)
Fachhochschule für Verwaltung	127	( 81)

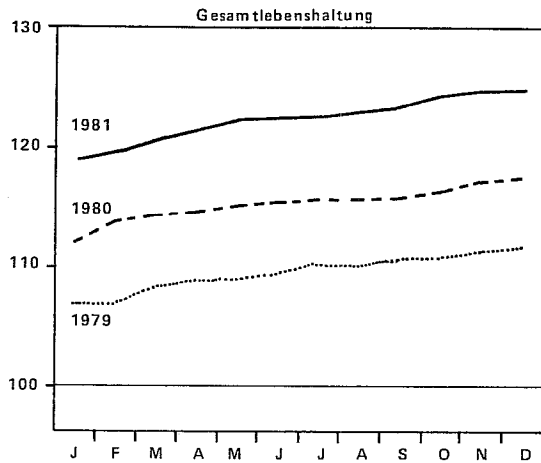
#### **Müllanfall gestiegen**

Im Rahmen der öffentlichen Müllabfuhr wurden im Saarland 1980 insgesamt rd. 558 000 t Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle eingesammelt. Das Müllaufkommen belief sich im Durchschnitt auf rd. 520 kg je Einwohner. Nach diesen vorläufigen Ergebnissen der Umweltstatistik ist im Bereich der öffentlichen Müllabfuhr ein um rd. 11 % größerer Müllanfall als im vorangegangenen Erhebungsjahr 1977 zu verzeichnen.

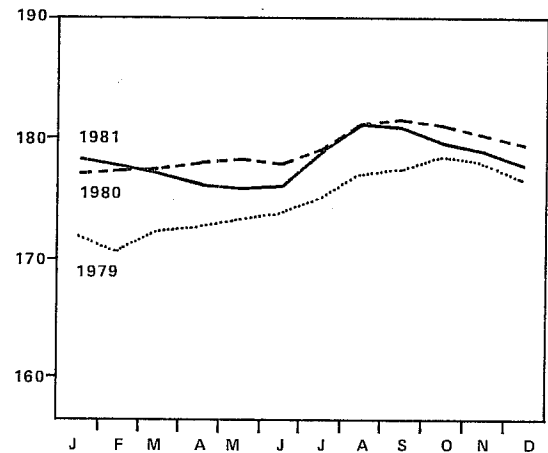
In den öffentlichen Abfallbeseitigungsanlagen (24 Deponien und 1 Verbrennungsanlage) wurde eine Abfallmenge von insgesamt 1,13 Mio. t angeliefert und beseitigt. Neben 684 000 t Haus- und Sperrmüll (einschl. kleingewerbliche Abfälle) fiel eine Masse von 269 000 t Bodenaushub und Bauschutt an, ferner wurden 110 000 t produktionsspezifische Abfälle bestimmter Art sowie 71 000 t sonstige Abfälle (einschl. Schlämme und Schlacke aus Abfall- bzw. Abwasserbeseitigung sowie Krankenhausabfälle) festgestellt. Daneben wurden in 16 gesondert eingerichteten Deponien insgesamt 350 000 t Bodenaushub und Bauschutt abgelagert. Die beseitigte Gesamtmenge (ohne Bauschutt und Bodenaushub) war 1980 um 3,8 % größer als im Vergleichsjahr 1977.

# Grafiken zur Wirtschaftsentwicklung

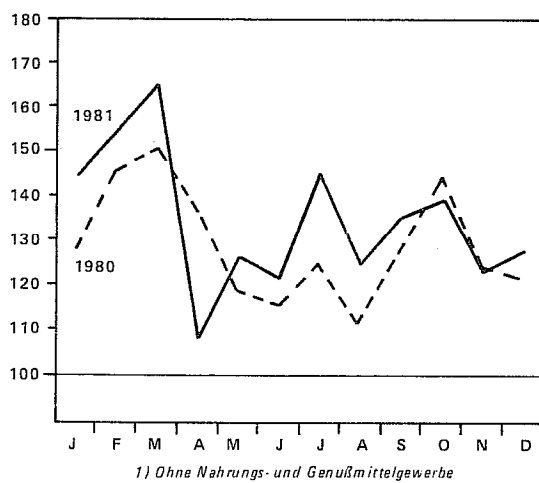
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>1)</sup>  
1976 = 100



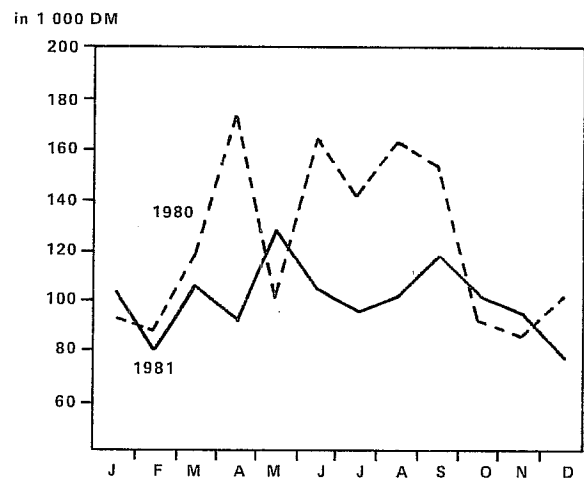
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe  
in 1 000



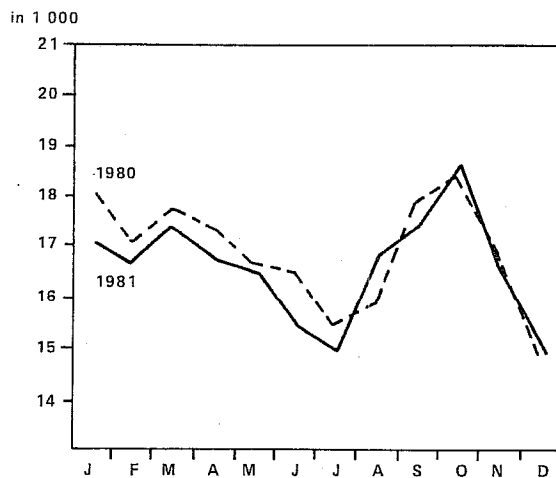
Auftragsingang im Verarbeitenden Gewerbe <sup>1)</sup>  
1976 = 100



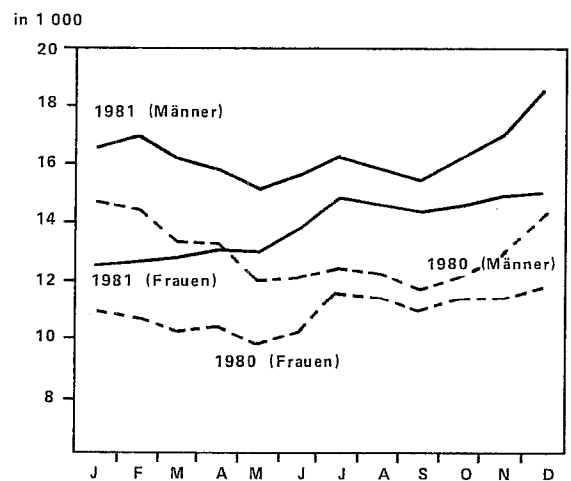
Auftragsingang im Bauhauptgewerbe



Geleistete Arbeiterstunden  
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Arbeitslose <sup>1)</sup>



1) nach Angaben des Landesamtes für Statistik Rheinland-Pfalz-Saarland



## Zur Wirtschaftslage

Für das Jahr 1982 liegen aus der amtlichen Statistik bis jetzt nur Daten für die beiden ersten Monate vor, die – zumal mehr oder weniger Wintermonate – nicht ausreichen, zu diesem Zeitpunkt eine umfassende statistische Analyse, noch weniger eine Prognose, zu liefern.

Abgesehen von den saisonal bedingten Bewegungen bietet die Wirtschaft das gleiche Bild wie zum Jahresende 1981. Die konjunkturelle Flaute hat so ziemlich alle Wirtschaftsbereiche bis hin zur Bauwirtschaft erfaßt, verschärfend kommt im Saarland die anhaltende Stahlkrise hinzu. Die Arbeitslosenquote lag mit 9,6 % im Februar nach wie vor erheblich über dem Bundesdurchschnitt.

# **Einkommensteuer und Lohnsteuer nach alternativen Sockelbeträgen**

— Modellrechnungen für die Ermittlung der Gemeindeanteile an der Einkommensteuer —

- 1. Rechtsgrundlagen**
- 2. Ausgangsmaterial für die Berechnung der Schlüsselzahlen**
- 3. Ermittlung der Steuerbeträge und der Schlüsselzahlen**
- 4. Seit 1970 angewandte Sockelbeträge**
- 5. Einkommensteuer- und Lohnsteuerpflichtige 1974 und 1977**
- 6. Steuerbelastete nach Höchstgrenzen des zu versteuernden Einkommens**
- 7. Auswirkungen einer Heraufsetzung der Sockelbeträge auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer**

## **1. Rechtsgrundlagen**

Durch das 21. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. Mai 1969 (BGBl. I S. 539) wurde eine Finanzreform eingeleitet, die zum Ziel hatte, die Finanzkraft der Gemeinden zu stärken und zu verstetigen. Aufgrund des Artikels 106 Abs. 5 des Gesetzes werden die Gemeinden seit 1970 an dem Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer beteiligt. Nach dem Gesetz kann außerdem vorgesehen werden, daß die Gemeinden vom Gewerbesteueraufkommen eine Umlage an Bund und Land abführen. Diese Umlage wurde in den Jahren seit 1970 von dem Istaufkommen der Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und dem Gewerbekapital berechnet, das durch den gemeindlichen Hebesatz zu teilen und mit 120 v. H. zu vervielfältigen war (ab 1980: 80 v. H.). Auch unter Berücksichtigung dieser abzuführenden Umlage hat sich die Finanzsituation der Gemeinden durch den Anteil der Einkommensteuer nennenswert verbessert.

Der Anteilsatz für die Beteiligung der Gemeinden an der Lohn- und Einkommensteuer wurde durch das Gesetz zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz) vom

8. September 1969 (BGBl. I S. 1 587) auf 14 von Hundert des Aufkommens an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) festgesetzt (§ 1). Außerdem wurde bestimmt, daß für die Aufteilung dieses Gemeindeanteils aufgrund der Bundesstatistiken über die Lohnsteuer und die veranlagte Einkommensteuer ein Schlüssel zu ermitteln ist. Die im Jahr 1970 anzuwendenden Gemeindeschlüsselzahlen waren gemäß § 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes aus den Einkommensteuerbeträgen zu berechnen, die — nach den Unterlagen der Statistik 1965 — auf ein zu versteuerndes Einkommen von 8 000 DM (bei Alleinveranlagten) bzw. 16 000 DM (bei Zusammenveranlagten) entfielen. Diese Höchstgrenzen wurden jedoch durch die "Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer ab 1970" vom 26. Nov. 1969 (BGBl. I S. 2 149) für das Saarland und weitere sechs Bundesländer auf 12 000/25 000 DM geändert (§ 5). Seither sind die Sockelbetragsgrenzen verschiedentlich heraufgesetzt und die Schlüsselzahlen jeweils aus den in dreijährigen Abstand durchzuführenden Bundesstatistiken neu berechnet worden. Der Anteil von 14 v. Hundert blieb für die Beteiligung der Gemeinden an dem Aufkommen an der Lohn- und Einkommensteuer für die Jahre 1970 bis 1979 unverändert. Er wurde durch Artikel 13 des Gesetzes zur Änderung des Einkommensteuergesetzes, des Gewerbesteuergesetzes, des Umsatzsteuergesetzes und anderer Gesetze (Steueränderungsgesetz 1979 vom 30. November 1978, BGBl. I S. 1 849) — erstmalig für das Jahr 1980 — auf 15 von Hundert heraufgesetzt.

## **2. Ausgangsmaterial für die Berechnung der Schlüsselzahlen**

Für die Lohnsteuer- und die Einkommenssteuerstatistik 1977 wurden dem Statistischen Amt des Saarlandes von der Finanzverwaltung fol-

gende Unterlagen zur Verfügung gestellt, aus denen für jede Gemeinde die Steuerbeträge bis zu den festgelegten Höchstgrenzen ermittelt wurden:

- 1) Datenträger für die,
  - im Lohnsteuer-Jahresausgleich (LStJA) maschinell bearbeiteten Fälle,
  - zur Einkommensteuer veranlagten Arbeitnehmer (AV - Fälle),
  - übrigen Einkommensteuerpflichtigen.
- 2) Lohnsteuerkarten für die nicht maschinell LStJA bzw. als Arbeitnehmer – Veranlagungen von der Finanzverwaltung bearbeiteten Lohnsteuerpflichtigen.

Für die LStJA - Fälle wurden erstmalig bereits bei der Statistik für das Jahr 1968 von der Finanzverwaltung Datenträger übermittelt, während für die zur Einkommensteuer veranlagten Arbeitnehmer und für alle übrigen Lohnsteuerpflichtigen bei der Statistik 1968, 1971 und 1974 Lohnsteuerkarten ausgewertet wurden. Bei der Statistik 1977 konnten erstmalig außer den LStJA - Fällen auch für sämtliche Einkommensteuer – Veranlagungsfälle Datenträger der Finanzverwaltung verarbeitet werden, so daß lediglich noch für diejenigen Fälle, die weder maschinelle LStJA - Fälle waren noch der Einkommensteuerveranlagung unterlagen, die von den Arbeitgebern bzw. Arbeitnehmern an die Finanzämter zurückgeflössenen Lohnsteuerkarten auszuwerten waren.

Die Ergebnisse des Jahres 1977 setzen sich aus Steuerbeträgen von folgenden Pflichtigenzahlen (Zusammenveranlagte = 1 Pflichtiger) zusammen:

189 522 maschinelle LStJA - Fälle  
93 889 AV - Fälle  
19 098 übrige ESt - Veranlagungsfälle  
46 353 übrige Lohnsteuerpflichtige

Bei den nicht im maschinellen LStJA erfaßten Lohnsteuerpflichtigen handelt es sich zum großen Teil um nicht ständig Beschäftigte und Bezieher von Betriebs- u. ä. Renten mit durchweg geringen Steuerbeträgen oder ohne Steuerbetrag.

Der Anteil der mittels Lohnsteuerkarten erfaß-

ten Steuerpflichtigen (Ehepaare = 1 Fall) an der Gesamtzahl der in der Gemeindetabelle berücksichtigten Zahl der Steuerbelasteten – nur diese sind für die Ermittlung der Schlüsselzahlen relevant – betrug 1977 im Saarland 6,8 %. Soweit sich ein – von den Gemeinden häufig angenommener – nicht vollzähliger Rückfluß der Lohnsteuerkarten an die Finanzämter auf die Ergebnisse ausgewirkt hat, – der nicht auszuschließen ist – dürfte sich dieser im Zeitverlauf deutlich reduziert haben.

### 3. Ermittlung der Steuerbeträge und der Schlüsselzahlen

Lohnsteuer- und Einkommensteuerstatistiken sind nach dem Steuerstatistischen Gesetz alle drei Jahre durchzuführen, d. h., daß auch nur in diesem Turnus neue Schlüsselzahlen berechnet werden können. Die Gemeindeergebnisse aus diesen Statistiken liegen auch mit etwa entsprechendem Zeitabstand nach dem Veranlagungsjahr vor, weil die Bearbeitung der Statistiken erst nach Abschluß der Einkommensteuerveranlagung für das betreffende Jahr erfolgen kann. Die Schlüsselzahlen sind daher jeweils erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung nach dem Basisjahr der Statistik auf die Berechnung des Gemeindeanteils anzuwenden.

Aus den Unterlagen der Lohnsteuer- und Einkommensteuerstatistik werden folgende Merkmale für die Gemeindetabelle, die der Berechnung der Schlüsselzahlen zugrunde liegen, ausgewertet:

- Gemeindeschlüssel (AGS) der Wohnsitzgemeinde des Steuerpflichtigen,
- Kennzeichnung der Veranlagungsart, Grund-/ Splittingtabelle bei ESt-Veranlagungsfällen bzw. der Steuerklasse bei nur Lohnsteuerpflichtigen,
- die Jahreslohnsteuer bzw. die festgesetzte Einkommensteuer bis zur Höhe des Steuerbetrages, der von einem zu versteuernden Einkommen in Höhe des Sockelbetrages zu entrichten ist oder, wenn das zu versteuernde Einkommen niedriger liegt, der gesamte Steuerbetrag.

Soweit bisher Lohnsteuerkarten Ausgangsmaterial für die Aufbereitung waren, wurde der AGS

der auf der Karte aufgedruckten Wohnsitzgemeinde übernommen; bei den maschinellen Fällen der von der Finanzverwaltung gespeicherte und mit dem Datensatz gelieferte AGS. Die Zuordnung der Steuerbeträge zur Wohnsitzgemeinde des Steuerpflichtigen und die Vollständigkeit der Ergebnisse ist weitgehend von dem von der Finanzverwaltung für die Lohnsteuer- und Einkommensteuerstatistik zur Verfügung gestellten Datenmaterial der LStJA- und AV-Fälle abhängig.

Für die von der Finanzbehörde nicht im maschinellen Verfahren erfaßten Lohnsteuerpflichtigen — diese stellten 1977 nur noch einen geringen Teil der Gesamtmasse dar — ist von Bedeutung, daß deren Lohnsteuerkarten möglichst vollzählig eingehen.

Maßgeblich für die Ermittlung des Verteilungsschlüssels ist der Steuerbetrag bis zu dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchstbetrag, allgemein als Sockelbetrag bezeichnet. Der Wohnsitzgemeinde des Steuerpflichtigen wird der Steuerbetrag zugerechnet, der bis zu einem zu versteuernden Einkommen in Höhe des Sockelbetrages nach der Einkommensteuertabelle auf dieses zu versteuernde Einkommen entfällt.

Die von allen Lohnsteuer- bzw. Einkommensteuerpflichtigen der Gemeinden bis zu diesem Höchstbetrag entrichteten Steuerbeträge ergeben das Landesergebnis über die Steuer im geltenden Sockelbetrag. Der Anteil jeder Gemeinde an der Landessumme dieser Steuerbeträge — mit sieben Dezimalstellen berechnet — ist die Schlüsselzahl für die Gemeinde an der Einkommensteuer. Die nach den Unterlagen der Steuerstatistik auf die Gemeinde entfallende Steuer im Sockelbetrag stellt also lediglich eine Hilfsgröße dar, die der Ermittlung der Schlüsselzahl dient. Der Gemeindeanteil wird mit Hilfe dieser Schlüsselzahl, ausgehend von dem in dem Kalenderjahr zu verteilenden Steuerbetrag (bis 1979: 14 v. H., ab 1980: 15 v. H. des kassenmäßigen Aufkommens an Lohn- und Einkommensteuer im Kalenderjahr) berechnet.

#### **4. Seit 1970 angewandte Sockelbeträge**

Der erstmaligen Berechnung der anzuwendenden Schlüsselzahlen waren Proberechnungen aus dem

Material der Lohn- und Einkommensteuerstatistik 1965 vorausgegangen. Sie führten dazu, daß nicht die gesamte von den Steuerpflichtigen entrichtete Steuer der Berechnung der Schlüsselzahlen zugrunde gelegt wurde, sondern als Höchstbetrag nur die Steuer angerechnet wurde, die bei Einzelveranlagung auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu 12 000 DM, bei Zusammenveranlagung bis zu 25 000 DM entfiel. Durch diese Begrenzung ergaben sich nicht so starke Unterschiede in den Verteilungsschlüsseln wie es bei einer Einbeziehung des Gesamtsteuerbetrages eines jeden Steuerpflichtigen der Fall gewesen wäre. Dieses Verfahren kommt somit dem Ziel der Gemeindefinanzreform näher als eine Berechnung auf der Grundlage der gesamten Steuer.

Die aufgrund der Statistik des Jahres 1965 errechneten Schlüsselzahlen waren nach der Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer vom 26. Nov. 1969 (BGBl. I S. 2 149) für die Jahre 1970 und 1971 anzuwenden. Durch das Gesetz zur Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes vom 27. Dez. 1971 (BGBl. I S. 2 157) wurde der der Berechnung der Schlüsselzahlen zugrunde zu legende Höchstbetrag auf 16 000/32 000 DM erhöht. Die auf der Statistik 1968 basierenden Schlüsselzahlen bildeten die Grundlage für die Berechnung des Gemeindeanteils in den Jahren 1972, 1973 und 1974.

Auch für die aus der folgenden Bundesstatistik 1971 ermittelten Schlüsselzahlen galt ebenso der Sockelbetrag bis zu einem versteuernden Einkommen von 16 000/32 000 DM. Die Geltung dieser Schlüsselzahlen war zunächst auf die Jahre 1975, 1976 und 1977 begrenzt, wurde aber durch die Verordnung vom 14. März 1978 (BGBl. I S. 399) auch auf das Jahr 1978 angewandt.

Bei einem Sockelbetrag von 16 000/32 000 DM zu versteuerndem Einkommen war bei der Einkommensteuerstatistik 1974 ein Steuerbetrag bis zu 3 170 DM bzw. 6 340 DM zu berücksichtigen. Für Steuerpflichtige, deren festgesetzte Lohn- und Einkommensteuer diesen Betrag überstieg, wurde nur dieser Steuerbetrag angerechnet, bei einem Steuerpflichtigen mit niedrigeren Steuern

Tab. 1

Für die Schlüsselzahl maßgebende(r)		Anwendungs- jahr der Schlüsselzahl	Rechtsgrundlage für die Berechnung der Schlüsselzahlen	
Lohn- und Einkommen- steuersta- tistik	Höchstbetrag (Sockelbetrag)		maßgebende Statistik und Anwendungsjahr	maßgebender Sockelbetrag
Erhebungs- jahr	...DM zVE			
1965	12 000/25 000	1970	Verordnung über die Ermittlung der Schlüs- selzahlen für die Aufteilung des Gemein- deanteils an der Einkommensteuer ab 1970 vom 26. November 1969 (BGBl. I S. 2149)	Gesetz zur Neuordnung der Gemein- finanzen (Gemeindefinanzenreformgesetz) vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1587)
	12 000/25 000	1971		
1968	16 000/32 000	1972		
	16 000/32 000	1973		
	16 000/32 000	1974		
1971	16 000/32 000	1975	Verordnung über die Ermittlung der Schlüs- selzahlen für die Aufteilung des Gemein- deanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1975, 1976 und 1977 vom 20. Juni 1975 (BGBl. I S. 1544)	Gesetz zur Änderung des Gemein- finanzreformgesetzes vom 27. Dezember 1971 (BGBl. I S. 2157).
	16 000/32 000	1976		
	16 000/32 000	1977		
	16 000/32 000	1978	Verordnung über die Ermittlung der Schlüs- selzahlen für die Aufteilung des Gemein- deanteils an der Einkommensteuer für das Jahr 1978 vom 14. März 1978 (BGBl. I S. 399)	
1974	25 000/50 000	1979	Verordnung über die Ermittlung der Schlüs- selzahlen für die Aufteilung des Gemein- deanteils an der Einkommensteuer für die Jahre 1979 und 1980 vom 17. Januar 1979 (BGBl. I S. 101)	Zweites Gesetz zur Änderung des Ge- meindefinanzenreformgesetzes vom 19. Januar 1979 (BGBl. I S. 97)
	25 000/50 000	1980		
	25 000/50 000	1981	Verordnung über die Ermittlung der Schlüsselzahlen für die Aufteilung des Gemeindeanteils an der Einkommen- steuer für das Jahr 1981 vom 2. Dezember 1980 (BGBl. I S. 2201)	

der gesamte vorhandene Steuerbetrag.

Eine Untersuchung über verschiedene Sockelbe-  
träge aufgrund der Statistik 1974 ergab, daß  
durch die im Zeitverlauf eingetretene Einkom-  
mensentwicklung die Ziele des Gemeindefinan-  
zenreformgesetzes mit einer Heraufsetzung des  
Sockelbetrages besser zu erreichen sind. Durch  
das zweite Gesetz zur Änderung des Gemein-  
definanzenreformgesetzes vom 19. Januar 1979  
(BGBl. I S. 97) wurde der anzuwendende  
Höchstbetrag auf 25 000/50 000 DM heraufge-  
setzt. Maßgebend für die sich daraus ergebenden  
Schlüsselzahlen war die Statistik des Jahres 1974.  
Durch Rechtsverordnung wurden sie für die  
Jahre 1979 und 1980 angewandt.

Für die bisher angewandten Sockelbeträge bilde-  
ten folgende Steuerbeträge die obere Grenze des  
je Steuerpflichtigen anzurechnenden Steuerbetra-  
ges:

Statistik Jahr	Sockelbetrag (zu versteuerndes Einkommen) DM	Höchstgrenze des anzurechnenden Steuerbetrages DM
1965	12 000 / 25 000	1 202 / 2 404
1968	16 000 / 32 000	3 170 / 6 340
1971	16 000 / 32 000	3 170 / 6 340
1974	25 000 / 50 000	6 248 / 12 496

Folgende Übersicht zeigt, wie sich die für die Er-  
mittlung der Schlüsselzahlen anzuwendenden  
Sockelbeträge geändert haben und für welche  
Jahre sie angewandt worden sind.

*Siehe Tabelle 1*

Nachdem aufgrund einer Sonderuntersuchung  
anhand der Lohn- und Einkommensteuersta-  
tistik 1974 für die Jahre 1979 und 1980 bereits  
ein zu versteuerndes Einkommen von 25 000/  
50 000 DM als maßgeblich festgesetzt wurde,  
waren nach den Ergebnissen der Statistik 1977  
die Auswirkungen der nachstehenden alterna-  
tiven Sockelbeträge auf die Berechnung der  
Schlüsselzahlen zu untersuchen:

zu versteuerndes Einkommen (Sockelbetrag)	Steuer
25 000 / 50 000 DM	5 996 / 11 992 DM
32 000 / 64 000 DM	8 864 / 17 728 DM
40 000 / 80 000 DM	12 468 / 24 936 DM
50 000 / 100 000 DM	17 220 / 34 440 DM
75 000 / 150 000 DM	29 913 / 59 826 DM

Diese Sonderuntersuchung aufgrund der Statistik  
1977 sollte als Entscheidungshilfe dienen, ob für  
die folgenden Jahre eine Anpassung der Sockel-  
betragshöchstgrenze von 25 000/50 000 an die

inzwischen eingetretene Einkommensentwicklung in Erwägung zu ziehen ist. Da die Berechnungen nicht in allen Bundesländern so rechtzeitig fertiggestellt werden konnten, um als Unterlage für die Steuerverteilung im Jahr 1981 zu dienen, wurde die Geltungsdauer der Schlüsselzahlen von 1974 auf das Jahr 1981 ausgedehnt.

#### **5. Einkommensteuer- und Lohnsteuerpflichtige 1974 und 1977**

Die für den jeweiligen Sockel zu berücksichtigenden Steuerbeträge werden sowohl durch Veränderung der Zahl ortsansässiger Steuerpflichtiger als auch durch Schwankungen des zu versteuernden Einkommens beeinflusst; insbesondere schlagen Anteil und Steuerbetrag von Zensiten zu Buche, die die Höchstgrenze des Sockels nicht erreichen bzw. übersteigen. Im Abstand von einigen Jahren wird daher eine Überprüfung der anzuwendenden Sockelbetragsgrenze erforderlich, um Auswirkungen, die aus der Einkommensentwicklung allgemein wie auch aus Besonderheiten in der jeweiligen Gemeinde oder aus steuerrechtlichen Änderungen resultieren, erkennen zu können. Im Rahmen der Modellberechnungen über die Auswirkung alternativer Sockelbeträge wurde die Zahl der zu berücksichtigenden Lohnsteuer- und Einkommensteuerpflichtigen festgestellt. Dabei wurden Doppelerfassungen von lohnsteuerpflichtigen Arbeitnehmern, die sowohl in der Einkommensteuer- als auch in der Lohnsteuerstatistik enthalten sind, ausgeschaltet. Für 1977 ergab sich eine Gesamtzahl von 348 861 Steuerpflichtigen. Von diesen waren 296 121 (84,9 %) mit Steuerschuld belastet. Die Steuerbeträge dieser Steuerbelasteten in jeder Gemeinde bilden die Ausgangsbasis für die Berechnung der Schlüsselzahlen zur Ermittlung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer. Gegenüber 1974 hat sich die Zahl der Steuerbelasteten um 3,6 % reduziert, während die Steuersumme um 29 % auf 1,474 Mrd. DM (1974: 1,142 Mrd. DM) anstieg. Der durchschnittliche Steuerbetrag je Steuerzahler nahm gegenüber 1974 von 3 730 DM auf 4 994 DM zu (+ 33,9 %).

#### **6. Steuerbelastete nach Höchstgrenzen des zu versteuernden Einkommens**

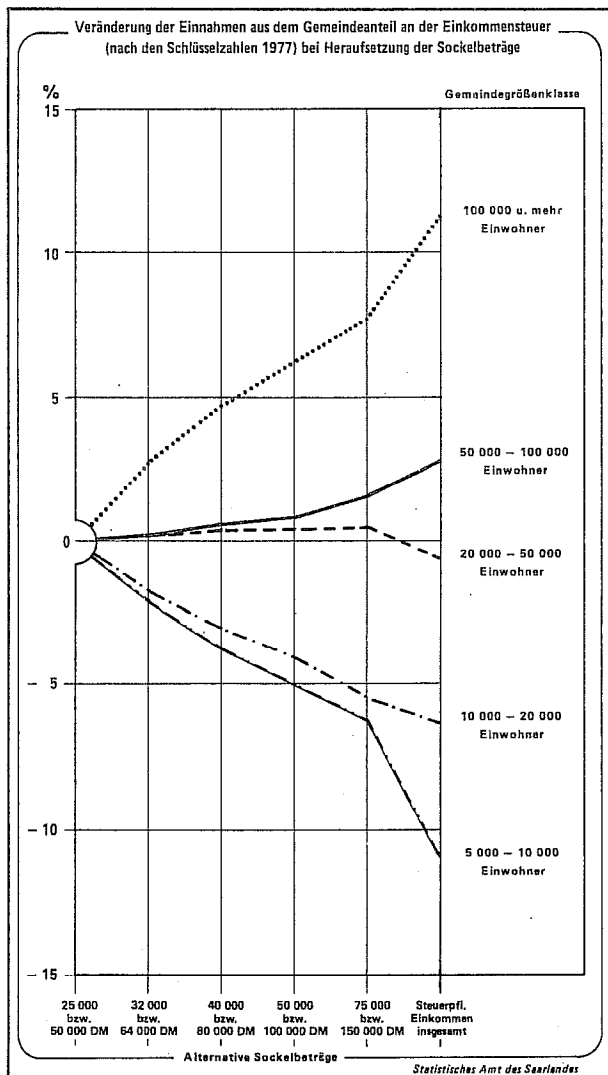
Da jeder Steuerpflichtige mit seinem Steuerbe-

trag in jede der fünf Sockelbetragsgruppen eingezählt wird, entspricht die Zahl der Steuerpflichtigen in der untersten Gruppe (bis 25 000/50 000 DM zvE) der Gesamtzahl. Um festzustellen, wieviele dieser Steuerbelasteten eine Steuer entrichten, die über den Höchstbetrag hinausging (z. B. 1977 beim Sockelbetrag 25 000/50 000 zvE über 5 996/11 992 DM, beim Sockelbetrag 32 000/64 000 DM zvE über 8 864/17 728 DM usw.) wurde ferner ausgezählt, wieviele Steuerpflichtige noch einen Steuermehrbetrag in die nächsthöhere Gruppe eingebracht haben. Von den insgesamt 296 121 Steuerbelasteten hatten 272 819 (92,1 %) nur eine Steuer bis zu 5 996 DM (bei Anwendung der Grundtabelle des Einkommensteuertarifs) bzw. maximal 11 992 DM (Splittingtabelle) entrichtet. Sie brachten ihre gesamte Steuer in den Sockelbetrag 25 000/50 000 zvE ein und trugen nicht mehr zu einem Ansteigen der Steuer in den folgenden Sockelbetragsgruppen bei. Einen Zuwachs an Steuer bewirken in den einzelnen Gruppen nur noch diejenigen Steuerpflichtigen, deren Steuerbetrag über die Höchstgrenze des nächstniedrigeren Sockelbetrages hinausgeht. So ist der Anstieg des Steuerbetrages von 1 141,5 Mio. DM im untersten Sockel um 76,3 Mio. DM auf 1 217,8 Mio. DM bei 32 000/64 000 DM zvE auf 23 302 Steuerpflichtige (7,9 % der Gesamtzahl) zurückzuführen, deren zu versteuerndes Einkommen über 25 000/50 000 zvE lag. Von diesen hatten 11 809 (3,9 % der Gesamtzahl) ein zu versteuerndes Einkommen von mehr als 32 000/64 000 DM. Von denen kamen wiederum 6 333 auf eine Steuer, die über dem Betrag lag, der auf ein zu versteuerndes Einkommen zwischen 32 000/64 000 DM und 64 000/80 000 DM entfiel. Die Zahl der Pflichtigen, die noch einen Anstieg der Steuer in den höheren Sockelbetragsgruppen bewirkten, nahm auf 5 349 bei einem Sockelbetrag von 75 000/150 000 DM zvE ab, von denen nur 1 645 eine diesen Sockel übersteigende Steuer nachgewiesen hatten.

#### **7. Auswirkungen einer Heraufsetzung der Sockelbeträge auf die Gemeindeanteile an der Einkommensteuer**

Bei der Neuberechnung der Schlüsselzahlen, die ab 1982 gelten sollen, wurde — wie bereits dar-

gelegt — erneut geprüft, ob als Folge der allgemeinen Einkommensentwicklung die Sockelbeträge zu erhöhen sind. Die Höchstbeträge sollen im Zeitverlauf der Einkommensentwicklung angepaßt werden, weil die Verteilung des auf Landesebene ermittelten Gesamtbetrages an die Gemeinden nach Artikel 106 Abs. 5 des Grundgesetzes auf der Grundlage der Einkommensteuerleistungen ihrer Einwohner erfolgt. Blieben die Sockelbeträge bei steigendem Einkommen konstant, würden immer mehr Steuerfälle die Sockelbetragsgrenzen überschreiten, so daß die Verteilung zunehmend an der Zahl der Steuerfälle orientiert wäre. Andererseits wird die Begrenzung durch Sockelbeträge aber für erforderlich gehalten, um die Ausgleichswirkung zu verstärken und so die Steuerkraftunterschiede zwischen steuerstarken und steuerschwachen Gemeinden zu verringern.



Die Schlüsselzahl ist der in einem Prozentsatz ausgedrückte Anteil der jeweiligen Gemeinde an

der gesamten durch die Lohn- und Einkommensteuerstatistiken erfaßten Einkommensteuerleistungen im Lande, wobei nur die Einkommensteuerbeträge berücksichtigt werden, die auf ein zu versteuerndes Einkommen bis zu bestimmten Höchstbeträgen entfallen.

Die Schlüsselzahl ist von der Anzahl und Struktur der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen in einer Gemeinde abhängig. Für die exakte Berechnung ist deshalb eine möglichst vollständige Erfassung aller Steuerpflichtigen unerlässlich. Während dies für die veranlagte Einkommensteuer weitgehend gewährleistet ist, muß bei der Lohnsteuer mit einer Untererfassung gerechnet werden, weil erfahrungsgemäß der Rückfluß der Lohnsteuerkarten von Steuerpflichtigen ohne Lohnsteuerjahresausgleich nicht immer vollständig ist.

Bei der Neuberechnung der Schlüsselzahlen wirken sich alle seit der letzten Berechnung auf der Datengrundlage des Jahres 1974 erfolgten Änderungen aus. Die Höhe der Schlüsselzahl wird durch Art und Umfang der Beschäftigung, die Altersgliederung und die Wirtschaftsstruktur beeinflusst. Darüber hinaus schlagen sich in den Schlüsselzahlen erstmals die Auswirkungen der Steuerreform 1975 nieder. So kann in Gemeinden mit einem hohen Kinderanteil der Wegfall des Kinderfreibetrages zu einem überdurchschnittlichen Anstieg des Steueraufkommens führen. Auch andere steuerrechtliche Tatbestände können einen spürbaren Effekt haben, wie die vermehrte Inanspruchnahme der erhöhten Absetzungen nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes bei starkem Zuzug in neue Wohngebiete, die dazu führen kann, daß trotz der Bevölkerungszunahme nur eine geringe Erhöhung des Steueraufkommens zu registrieren ist.

Neben diesen Einflußgrößen wirkt sich auch die durchschnittliche Entwicklung aller Gemeinden des Landes auf die Schlüsselzahlen aus, da die Schlüsselzahl den anrechenbaren Anteil des örtlichen Einkommensteueraufkommens an der im Lande insgesamt erzielten Steuersumme darstellt. Die Schlüsselzahl einer Gemeinde wird deshalb nur dann steigen können, wenn alle beeinflussenden Faktoren eine überproportionale Steigerung des anrechenbaren Einkommen-

## Modellberechnungen zur Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer 1979

Gemeindegrößenklassen von ... bis unter ... Einw. Steuerkraftgruppe 1)	Gemeinde- anteil 2) an der Ein- kommen- steuer 1979	Verteilung nach den Schlüsselzahlen 1977 bei folgenden Sockelbeträgen					
		25 000 bzw. 50 000 DM	32 000 bzw. 64 000 DM	40 000 bzw. 80 000 DM	50 000 bzw. 100 000 DM	75 000 bzw. 150 000 DM	Gesamt- aufkommen
		DM je Einwohner					
5 000 bis unter 10 000	205,43	209,89	205,21	201,91	199,43	196,58	187,23
A	291,81	269,34	269,46	268,44	267,64	267,64	263,78
B	181,95	197,62	192,13	188,53	185,81	182,52	172,68
C	200,47	204,53	199,33	195,74	193,05	189,87	179,71
10 000 bis unter 20 000	194,62	215,55	211,84	209,33	207,53	205,26	203,20
A	—	—	—	—	—	—	—
B	188,69	219,81	216,79	215,49	215,60	217,37	257,90
C	195,07	215,23	211,46	208,87	206,92	204,34	199,06
20 000 bis unter 50 000	252,47	240,48	240,94	241,17	241,23	241,26	239,68
A	276,35	259,68	264,01	267,20	269,62	273,00	275,62
B	262,89	239,44	239,10	238,23	237,18	235,36	227,92
C	220,09	225,54	223,68	222,71	222,09	221,48	223,26
50 000 bis unter 100 000	201,84	222,52	222,71	223,03	223,85	225,30	227,97
A	—	—	—	—	—	—	—
B	—	—	—	—	—	—	—
C	201,84	222,52	222,71	223,03	223,85	225,30	227,97
100 000 und mehr	296,32	270,43	278,64	284,32	288,51	293,63	303,61
A	—	—	—	—	—	—	—
B	296,32	270,43	278,64	284,32	288,51	293,63	303,61
C	—	—	—	—	—	—	—
INSGESAMT	233,96	233,96	233,96	233,96	233,96	233,96	233,96
A	277,58	260,46	264,44	267,30	269,46	272,58	274,67
B	269,83	251,24	254,72	256,96	258,54	260,39	264,92
C	207,38	217,21	214,09	212,03	210,56	208,71	205,25

1) A: steuerstarke Gemeinden; B: Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft; C: steuerschwache Gemeinden

2) Ist 1979 auf der Basis der Schlüsselzahlen 1974

steueraufkommens in dieser Gemeinde verursacht haben.

*Siehe Tabelle 2*

Die Ergebnisse der vom Bundesfinanzministerium und vom Bundesrat veranlaßten Modellrechnungen zur Verteilung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer werden in der Gliederung nach Gemeindegrößenklassen und drei Steuerkraftgruppen dargestellt. Grundlage für die Einteilung nach der Steuerkraft sind die durchschnittlichen Einnahmen aus den Realsteuern und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Jahr 1979 auf Bundesebene. Als steuerstark gelten dabei die Gemeinden, deren Pro-Kopf-Einnahmen den Bundesdurchschnitt der jeweiligen Größenklasse um 20 %

überschreiten, als steuerschwach die Gemeinden, die 20 % unter diesem Wert liegen. Unter Zugrundelegung dieses Kriteriums sind 70 % aller saarländischen Gemeinden als steuerschwach eingestuft worden. Dieser hohe Anteil wird insbesondere durch die Gemeinden mit weniger als 20 000 Einwohnern verursacht. Von den insgesamt 14 Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern sind sechs steuerschwach, fünf haben durchschnittliche Steuereinnahmen und drei sind steuerstark.

Die Ergebnisse der Modellrechnungen zeigen, daß die steuerstarken Gemeinden im Durchschnitt eine Verringerung der Einnahmen aus dem Gemeindeanteil gegenüber der bisher gültigen Verteilung hinzunehmen haben, wobei die größten Veränderungen bei einem Sockelbetrag



Tab. 3

**Auswirkungen der alternativen Sockelbeträge auf die Steuereinnahmen der Gemeinden  
nach Größenklassen und Steuerkraftgruppen 1979**

Gemeindegrößenklassen von ... bis unter ... Einw. Steuerkraftgruppe <sup>1)</sup>	Abweichungen von den tatsächlichen Steuereinnahmen bei Ansatz des Gemeinde- anteils an der Einkommensteuer nach den Schlüsselzahlen 1977 bei folgenden Sockelbeträgen					
	25 000 bzw. 50 000 DM	32 000 bzw. 64 000 DM	40 000 bzw. 80 000 DM	50 000 bzw. 100 000 DM	75 000 bzw. 150 000 DM	Gesamt- aufkommen
	%					
5 000 bis unter 10 000	1,2	0,0	- 0,9	- 1,6	- 2,4	- 4,9
A	- 3,8	- 3,8	- 4,0	- 4,1	- 4,1	- 4,8
B	3,8	2,4	1,6	0,9	0,1	- 2,2
C	1,3	- 0,4	- 1,5	- 2,4	- 3,5	- 6,8
10 000 bis unter 20 000	6,1	5,0	4,3	3,7	3,1	2,5
A	-	-	-	-	-	-
B	6,2	5,6	5,3	5,3	5,7	13,7
C	6,0	4,9	4,1	3,5	2,8	1,2
20 000 bis unter 50 000	- 2,0	- 2,0	- 1,9	- 1,9	- 1,9	- 2,2
A	- 1,9	- 1,4	- 1,1	- 0,8	- 0,4	- 0,1
B	- 4,2	- 4,3	- 4,5	- 4,6	- 5,0	- 6,3
C	1,4	0,9	0,7	0,5	0,3	0,8
50 000 bis unter 100 000	4,1	4,1	4,2	4,4	4,6	5,2
A	-	-	-	-	-	-
B	-	-	-	-	-	-
C	4,1	4,1	4,2	4,4	4,6	5,2
100 000 und mehr	- 3,3	- 2,3	- 1,5	- 1,0	- 0,3	0,9
A	-	-	-	-	-	-
B	- 3,3	- 2,3	- 1,5	- 1,0	- 0,3	0,9
C	-	-	-	-	-	-
<b>INSGESAMT</b>	-	-	-	-	-	-
A	- 2,1	- 1,6	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 0,3
B	- 2,8	- 2,3	- 2,0	- 1,7	- 1,4	- 0,7
C	4,4	3,5	2,9	2,5	2,0	1,1

1) A: steuerstarke Gemeinden; B: Gemeinden mit durchschnittlicher Steuerkraft; C: steuerschwache Gemeinden

von 25 000 bzw. 50 000 DM eintreten würden. Mit zunehmenden Höchstgrenzen verringern sich die Einnahmeeinbußen allerdings. Umgekehrt verhält es sich mit den steuerschwachen Gemeinden. Ihre Einnahmesituation wird durch die neuen Schlüsselzahlen verbessert, wobei die Gewinne mit steigenden Sockelbeträgen jedoch abnehmen.

Die unveränderten Sockelbeträge haben in den Gemeinden mit 10 000 bis unter 20 000 Einwohnern die höchsten Steuermehreinnahmen zur Folge. Eine Erhöhung der Sockelbeträge führt aber zu einer kontinuierlichen Verringerung der Mehreinnahmen. Die Gemeinden mit 20 000 bis zu 50 000 Einwohnern nehmen eine mittlere Position ein, d. h. eine Heraufsetzung

der Sockelbeträge beeinflusst das Ergebnis nur in geringem Maße.

Für die Größenklasse von 50 000 bis 100 000 Einwohnern (Stadt Neunkirchen) und die Größenklasse von 100 000 – 200 000 Einwohnern (Landeshauptstadt Saarbrücken) bedeutet die Anhebung der Sockelbetragsgrenzen eine Verbesserung: Bei Neunkirchen steigen bei unverändertem Sockelbetrag eintretende Gewinne weiter an, während bei Saarbrücken die zunächst vorhandenen Einbußen stetig abgebaut werden.

In den Gemeinden mit 5 000 bis 10 000 Einwohnern zeigt sich eine besondere Entwicklung: Bei dem geltenden niedrigen Sockelbetrag tritt eine deutliche Mehreinnahme ein, während eine

Heraufsetzung der Sockelbeträge eine zunehmende Verschlechterung nach sich zieht.

Die Auswirkungen der neuen Schlüsselzahlen können durchaus beachtlich sein, denn die Mehr- oder Mindereinnahmen machen, je nach Höhe des Sockelbetrages, teilweise deutlich mehr als 10 % der bisherigen Einnahmen aus dem Gewinnanteil an der Einkommensteuer aus. Werden auch die Realsteuern in die Betrachtung einbezogen, so läßt sich die Bedeutung der neuen Schlüsselzahlen und der alternativen Sockelbeträge für die gesamten Steuereinnahmen in etwa abschätzen.

*Siehe Tabelle 3*

Der Effekt ist geringer und auch abhängig von dem Gewicht, das den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer jeweils zukommt. Deutliche Auswirkungen ergeben sich insbesondere bei den kleinen und steuerschwachen Gemeinden, für deren Steuereinnahmen der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer eine besondere Rolle spielt. Im Durchschnitt der steuerschwachen Gemeinden steigen die Steuereinnahmen bei unverändertem Sockelbetrag um 4,4 %, bei einem Sockelbetrag von 75 000 bzw. 150 000 DM würde sich noch ein Zuwachs von 2,0 % ergeben.

In den beiden anderen Steuerkraftgruppen verringern sich die Steuereinnahmen, jedoch mit geringfügigeren Veränderungsraten: Bei den steuerstarken Gemeinden tritt bei unverändertem Sockelbetrag ein Verlust von 2,1 % ein, bei den Gemeinden mit durchschnittlichem Steueraufkommen stellt sich ein Verlust von 2,3 % ein; bei einem Sockelbetrag von 75 000 bzw. 150 000 reduziert sich dieser auf 0,6 % bzw. 1,4 %.

Obwohl sich die relativen Verluste und Gewinne durch die Neufestsetzung der Schlüsselzahlen und eine eventuelle Aufstockung der Sockelbeträge für die einzelnen Gemeinden meist in relativ engen Grenzen halten, könnten die Veränderungen in Einzelfällen zu Problemen führen. Der kommunale Finanzausgleich wird jedoch die Auswirkungen auf die Haushalte erheblich verringern.

**Peter Nicolaus**  
*Dipl. Volkswirt*

# Insolvenzen im Saarland seit 1970

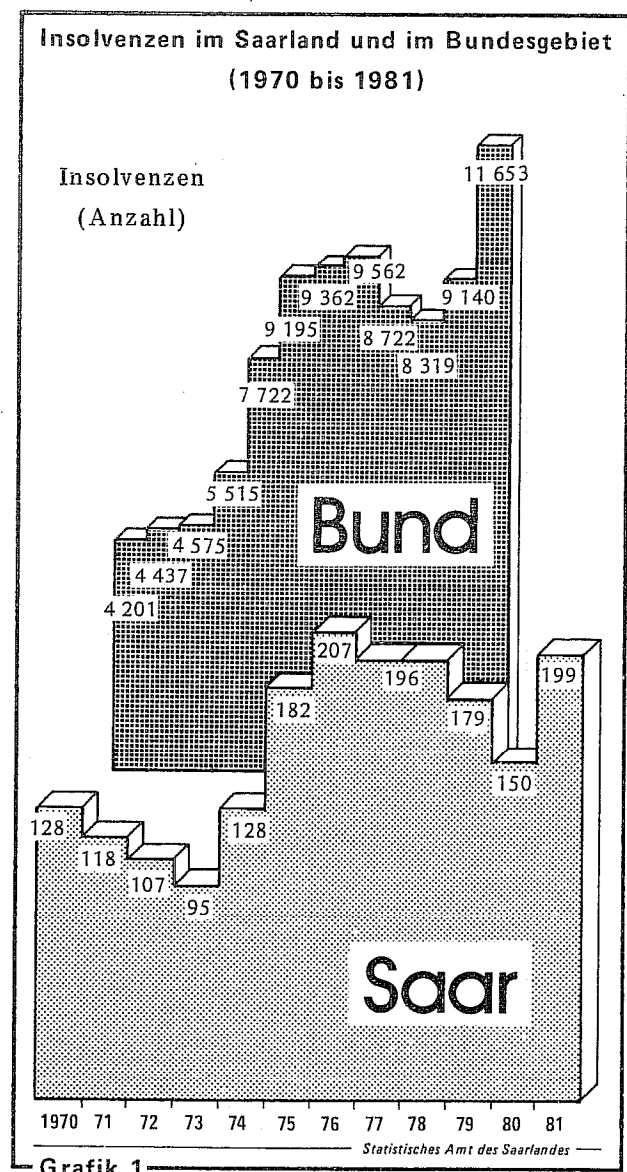
## I. Vorbemerkungen

Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung hob die Insolvenzen im Jahr 1981 bundesweit auf einen neuen Höchststand. Nach der jüngsten Statistik wurden 11 653 Fälle von Zahlungsunfähigkeit bei den Amtsgerichten registriert — fast 22 % mehr als das bisherige Spitzenresultat von 1977. Das Saarland blieb von einem solchen traurigen Rekord gerade noch verschont: 199 Konkurse und Vergleichsverfahren bedeuten nach 1976 das zweithöchste Resultat in der Nachkriegsgeschichte unseres Landes. Die Gründe für die besorgniserregende Zunahme der Zahlungsschwierigkeiten sind unterschiedlicher Natur und in ihrem Zusammenwirken besonders für die gewerbliche Wirtschaft geradezu kumulativ gefährlich. Zum einen sind es die hohen Fremdkapitalzinsen, die die Investitionsbereitschaft drücken und beabsichtigte Umschuldungen erschweren. Zum anderen ist seit Jahren zu beobachten, daß die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen in nahezu allen Wirtschaftsbereichen ständig absinkt und inzwischen nur noch etwa 20 % des Gesamtkapitals im Durchschnitt erreicht. Diese Tendenz geht einher mit zunehmender Anfälligkeit gegenüber äußeren Einflüssen. Hinzu kommt ein Rückgang der Unternehmereinkünfte im vergangenen Jahr um schätzungsweise 15 bis 20 %; bei weiterhin ansteigendem Kostendruck ist daraus einsinkendes Vertrauen der Unternehmer in die wirtschaftliche Zukunft abzulesen.

Aus der genannten Ursachenkonstellation ergeben sich denkbar schlechte Rahmenbedingungen für unternehmerische Dispositionen. Vor diesem Hintergrund kann eine Parallelität der Insolvenzenentwicklung und der Arbeitslosigkeit nicht verwundern. Im folgenden soll untersucht werden, wie sich die Insolvenzen in den siebziger Jahren entwickelt haben, die zu einem großen Teil ebenfalls von ökonomischen Turbulenzen geprägt waren.

## II. Gesamtüberblick

Nachdem das Saarland 1969 mit 136 Konkurs- und Vergleichsverfahren den damaligen Höchststand in der Nachkriegszeit zu verzeichnen hatte, trat 1970 eine Phase der Beruhigung ein. Bis 1974 wurden jährlich nicht mehr als 128 Insolvenzen gezählt. Von 1975 bis 1979 bewegte sich die Zahl der Illiquiditätsfälle auf sehr hohem Niveau; die absolut meisten Insolvenzen, nämlich 207, traten 1976 auf. Ein deutliches Absinken auf 150 Fälle war 1980 festzustellen, bevor 1981 wiederum ein drastischer Anstieg einsetzte.



Der Vergleich mit der Entwicklung der Zahlungsschwierigkeiten auf Bundesebene zeigt ein ähnliches Bild, das zum Teil durch Phasenverschiebungen charakterisiert ist. Eine gemäßigte Phase bestand von 1970 bis 1972 mit jeweils weniger als 4 600 Insolvenzen. 1973 und besonders 1974, nach dem ersten Ölschock, sowie im folgenden Jahr 1975 nahmen die Zahlungsschwierigkeiten bedrohlich zu, um seither auf sehr hohem Niveau zu verharren. Lichtblicke waren allein die Jahre 1978 und 1979 mit leichten Rückgängen, während 1981 alles bisherige bei weitem übertrafen und erstmals eine fünfstellige Insolvenzzahl registriert wurde.

Die Gesamtheit der Insolvenzen setzt sich zusammen aus den beantragten Konkursverfahren und den eröffneten Vergleichsverfahren. Mit enthalten sind die Anschlußkonkurse, die als Vergleichsverfahren bereits früher erfaßt wurden. Da Vergleichsverfahren weitaus seltener beantragt werden als Konkursverfahren – in keinem der betrachteten Jahre traten im Saarland mehr als sieben gerichtliche Vergleiche auf –, soll die Untersuchung im wesentlichen nur auf die Konkursverfahren eingehen.

Tab. 1

Insolvenzen im Saarland 1970 bis 1981

Jahr	Konkurse		Vergleichsverfahren	Insolvenzen insgesamt <sup>1)</sup>
	Insgesamt	dar.: Anschlußkonkurse		
1970	124	3	7	128
1971	112	—	6	118
1972	104	—	3	107
1973	95	—	—	95
1974	122	1	7	128
1975	180	2	4	182
1976	204	—	3	207
1977	192	—	4	196
1978	196	1	1	196
1979	179	—	—	179
1980	149	1	2	150
1981	197	1	3	199

1) Zur Vermeidung v. Doppelzählungen ohne Anschlußkonkurse

### III. Einzelergebnisse

#### 1. Konkurseröffnungsquote

Ein beantragtes Konkursverfahren kann erst dann abgewickelt werden, wenn es vom Amts-

gericht angenommen wird. Dies ist regelmäßig dann zu erwarten, wenn die vorhandene Teilungsmasse genügend groß ist. Reichen die verfügbaren Finanzmittel nicht einmal aus, um die voraussichtlichen Verfahrenskosten zu decken, so wird ein beantragter Konkurs mangels Masse abgewiesen, was einem völligen finanziellen Zusammenbruch gleichkommt. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dies der weitaus häufigere Fall ist; bis auf das Jahr 1973 wurden stets mehr Konkurse abgelehnt als eröffnet. Der Trend läßt die Konkurseröffnungsquote gar bis unter 20 % absinken, ein Aspekt, der interessanterweise als Folge der gleichfalls abnehmenden Eigenkapitalausstattung der Unternehmen gedeutet werden kann.

Tab. 2

Eröffnete und abgelehnte Konkursverfahren  
1970 bis 1981

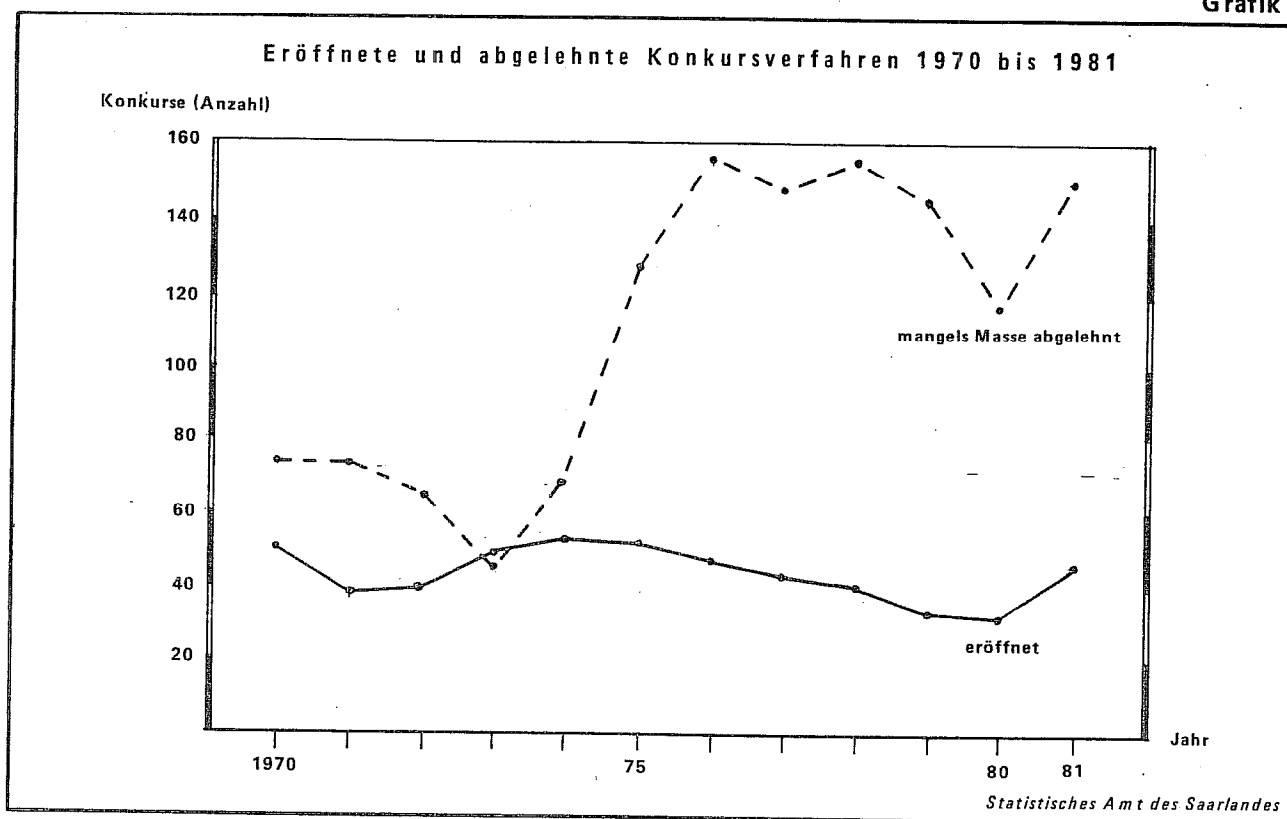
Jahr	Konkurse			Konkurs- eröff- nungs- quote in %
	Insgesamt	davon		
		eröffnet	mangels Masse abgelehnt	
1970	124	50	74	40,3
1971	112	38	74	33,9
1972	104	39	65	37,5
1973	95	49	46	51,6
1974	122	53	69	43,4
1975	180	52	128	28,9
1976	204	47	157	23,0
1977	192	43	149	22,4
1978	196	40	156	20,4
1979	179	33	146	18,4
1980	149	32	117	21,5
1981	197	46	151	23,4

Siehe Grafik 2

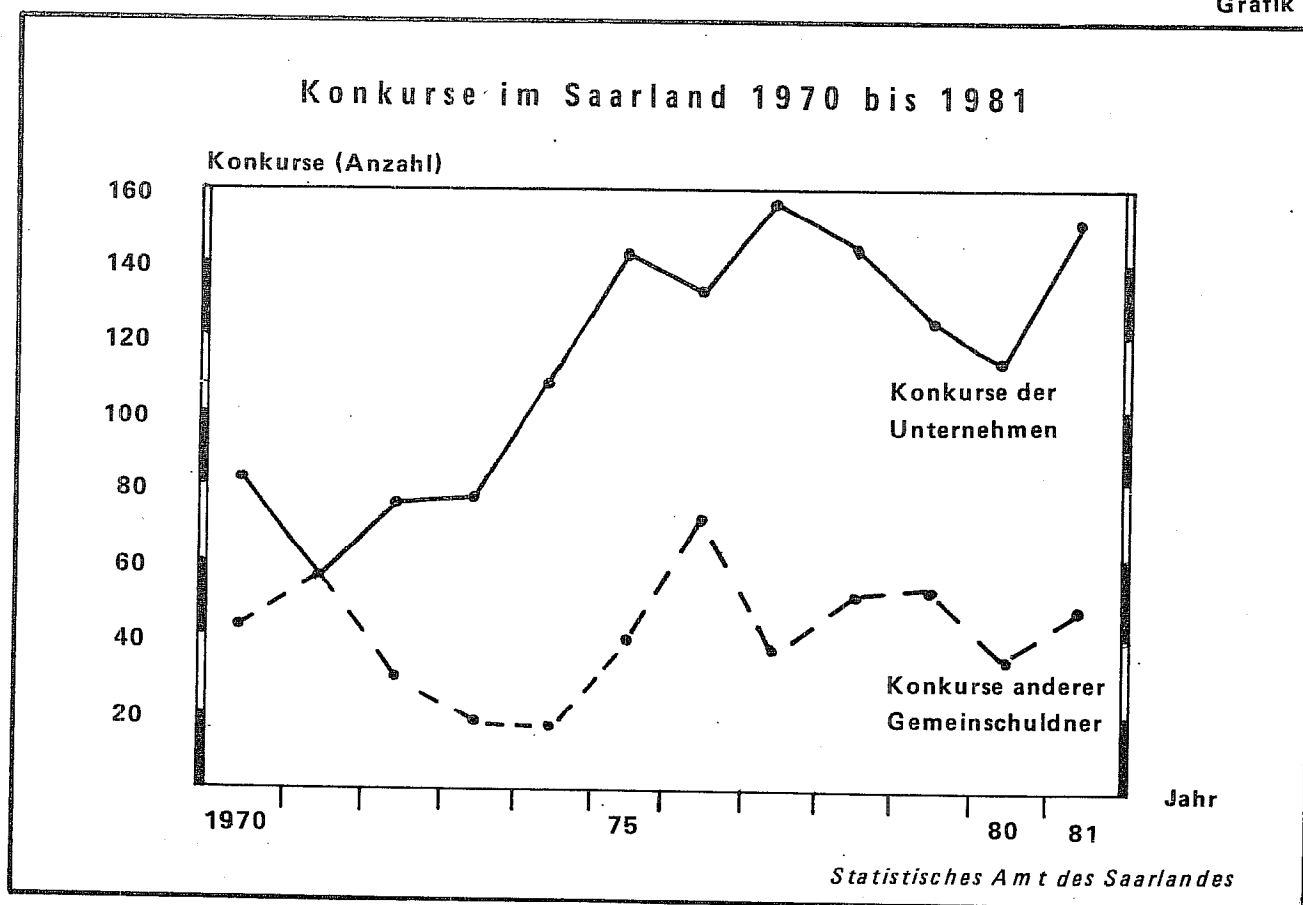
#### 2. Konkurse nach der Art der Gemeinschuldner

Ein Antrag auf Eröffnung eines Konkursverfahrens wird regelmäßig dann gestellt, wenn sich herausstellt, daß der Schuldner seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachzukommen vermag. Schuldner kann nun ein Unternehmen sein oder ein anderer Gemeinschuldner wie z. B. eine natürliche Person, ein Verein oder der Nachlaß eines Verstorbenen. Aus den größeren Möglichkeiten zur Fremdfinanzierung und der notwendigen höheren Risikobereitschaft heraus ist traditionell am stärksten betroffen der Unternehmenssektor, der in der Konkursstatistik bis zu sieben Mal häufiger erscheint als die übrigen Gemeinschuldner zusammen. Lediglich im Jahre

Grafik 2



Grafik 3



1971 waren Unternehmen und andere Gemeinschuldner mit jeweils 56 Fällen gleich stark in Konkurs geraten.

*Siehe Grafik 3*

### 3. Konkurse der Unternehmen

Während Insolvenzen bei privaten Haushalten, Nachlässen und Organisationen ohne Erwerbscharakter kaum aufgrund äußerer Einflüsse auftreten, sondern eher vom Gemeinschuldner selbst ausgehen, ist das Problem der Zahlungsunfähigkeit eines gewerblichen Unternehmens naturgemäß sehr stark determiniert von den Gegebenheiten des gesamtwirtschaftlichen Rahmens. Als Abbild der konjunkturellen Lage ist deshalb die Häufigkeit der Insolvenzen im Unternehmensbereich ein besserer Indikator als die Summe aller Insolvenzen.

Graphik 3 läßt erkennen, daß die Konkurshäufigkeit von Unternehmen geringfügig abweicht von den Phasen, die eingangs für alle Insolvenzen zusammen festgestellt wurden. Bis einschließlich 1973 waren jährlich nicht mehr als 82 Unternehmen in Konkurs geraten. 1974 setzte, als Folge der drastischen Energiekostenverteuerung, ein Anstieg ein, der erstmals über hundert Unternehmenszusammenbrüche mit sich brachte und seither die Konkursanfälligkeit beharrlich auf hohem Niveau hält. Der Höhepunkt wurde 1977 mit 155 gewerblichen Konkursen erreicht. Die Folgezeit bis 1980 verlief dagegen günstiger, denn sie war geprägt von jährlich sinkenden Konkurszahlen. Im schwierigen Jahr 1981 zeichnete sich wiederum eine beängstigende Zunahme ab. Mit 150 in Konkurs geratenen Unternehmen konnte die saarländische Wirtschaft einem neuen Höchststand noch entgegen.

#### 3.1. Konkurse nach Wirtschaftszweigen

Die bedeutendsten Wirtschaftsbereiche sind das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, der Handel und der Dienstleistungssektor. Die letzte Arbeitsstättenzählung von 1970 ergab für das Saarland insgesamt über 35 000 Unternehmen, die zu 94 % den genannten Sektoren angehörten. Freilich sind die einzelnen Bereiche keinesfalls

gleich stark vertreten: Das Verarbeitende Gewerbe stellte 16 %, das Baugewerbe 6 %, der Handel fast 45 % und der Dienstleistungssektor mehr als 27 % aller Unternehmen. Vor diesem Hintergrund wird die unterschiedliche Krisen- und Konjunkturanfälligkeit der Wirtschaftszweige deutlich erkennbar. Im gleichen Jahr – 1970 – entfielen von den 82 Unternehmenskonkursen 23 % auf das Verarbeitende Gewerbe, 35 % auf das Baugewerbe, 29 % auf den Handel und 12 % auf die Dienstleistungen. Überdurchschnittlich stark betroffen waren also das Verarbeitende Gewerbe und mehr noch das Baugewerbe. Auch in der Folgezeit war der Bausektor in der Konkursstatistik stets stärker vertreten, als es seinem Anteil am gesamten Unternehmensbereich entsprach. Mit Ausnahme der Jahre 1971 bis 1973 sowie 1979, die Phasen konjunkturellen Aufschwungs darstellen, gehörten Baukonkurse sogar von ihrer Anzahl her regelmäßig zur Spitzengruppe. Absoluter Höhepunkt war bisher das Jahr 1975, als 51 Bauunternehmungen Konkurs anmelden mußten. Diese Entwicklung unterstreicht die häufig geäußerte Vermutung, daß das Baugewerbe von konjunkturellen Schwankungen weitaus stärker beeinflußt wird als andere Wirtschaftszweige.

Tab. 3

**Unternehmenskonkurse 1970 bis 1981 im Saarland nach Wirtschaftsbereichen**

Jahr	Konkurse im			
	Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe	Handel	Dienstleistungssektor
1970	19	29	24	10
1971	10	10	20	10
1972	11	14	27	17
1973	18	12	27	16
1974	29	31	32	8
1975	34	51	24	26
1976	30	40	26	23
1977	40	46	25	35
1978	30	44	36	30
1979	29	27	35	30
1980	17	34	27	29
1981	36	36	39	32

In den oben genannten Ausnahmejahren 1971 bis 1973 und 1979 waren regelmäßig mehr Handels- als sonstige Unternehmen in Konkurs geraten. Da in jenen Zeiten ein konjunktureller Effekt nicht zum Tragen kam, ist dieser Aspekt allein auf das zahlenmäßige Übergewicht der Handelsbetriebe innerhalb des gesamten Unter-

nehmenssektors zurückzuführen. Eine Besonderheit in der Zeitreihe stellt das Jahr 1981 dar, in dem die Zuordnung der Konkurse nach Wirtschaftsbereichen einer Gleichverteilung sehr nahe kommt.

### 3.2. Konkurse nach Rechtsformen

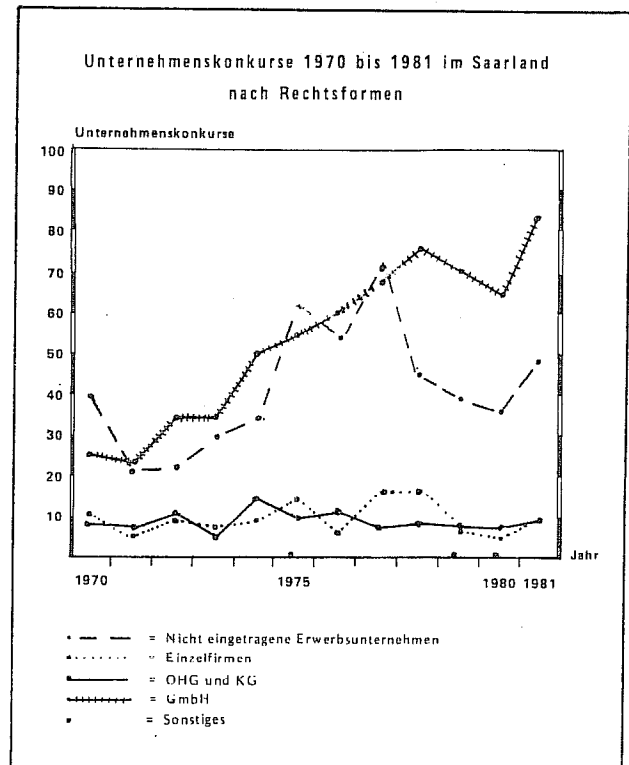
Neben der Branche spielt auch die Rechtsform eine wesentliche Rolle bei der Konkursanfälligkeit. Nach der Arbeitsstättenzählung von 1970 wurden fast 90 % aller Unternehmen als Einzelunternehmen betrieben, knapp 3 % als Personengesellschaften und rund 4 % als Kapitalgesellschaften, hierbei hauptsächlich als GmbH. Die Konkursstatistik nimmt eine weitere Untergliederung vor, denn im Gros der Einzelunternehmen sind im wesentlichen auch die sogenannten „nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen“ enthalten; also solche, die handelsrechtlich nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erforderlich machen und deshalb zur Eintragung ins Handelsregister nicht verpflichtet sind. Als typische Beispiele hierfür seien Gaststätten und Tabakläden erwähnt.

Während die (eingetragenen) Einzelunternehmen und die Personengesellschaften OHG und KG in der Konkursstatistik keine signifikante Rolle spielen, ergeben sich die interessanten Aspekte beim Betrachten der nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

*Siehe Grafik 4*

Für beide Rechtsformen zeigt Graphik 4 im Laufe der siebziger Jahre einen steigenden Trend. Der hohe Anteil der nicht eingetragenen Erwerbsunternehmen resultiert in der Hauptsache aus dem zahlenmäßigen Übergewicht der in dieser Form geführten Betriebe. Anders verhält es sich mit der GmbH, die überdurchschnittlich stark insolvenzgefährdet ist. Seit 1978 stellt die GmbH jährlich sogar mehr als die Hälfte aller Unternehmenskonkurse. Diese Tatsache scheint allerdings geradezu Neugründungen in dieser an sich immer schon beliebten Unternehmensform zu provozieren, wie die Registereintragungen der letzten Jahre aufzeigen. Der Zusammenhang ist logisch: Je mehr über Firmen der wirtschaftliche

**Grafik 4**



Ruin hereinbricht, desto größer ist die Neigung, die aus den Hürden der Anlaufzeit entstehenden Gefahren sowie die finanziellen Folgen eines möglichen Zusammenbruchs zu beschränken.

### 3.3. Konkurse nach dem Alter der Unternehmen

Die soeben getroffene Aussage leitet über zur Untersuchung der Frage, inwieweit das zeitliche Bestehen eines Unternehmens über die Konkursanfälligkeit mit entscheidet. In der Tat wird die angedeutete Vermutung durch die Erfahrung bestätigt: Junge Unternehmen geraten wesentlich leichter in Zahlungsschwierigkeiten als ältere Unternehmen. Bis einschließlich 1974 unterschied die Konkursstatistik das Alter der Unternehmen in drei Stufen: bis 5 Jahre alt, 6 bis 15 Jahre alt, 16 Jahre und älter. Mit Ausnahme von 1971 war in jedem der frühen siebziger Jahre festgestellt worden, daß die meisten der illiquiden Unternehmen noch keine sechs Jahre überlebt hatten. Seit 1975 werden die Konkursfälle danach unterschieden, ob das Unternehmen weniger als acht Jahre alt ist oder seit acht und mehr Jahren existiert. Hier tritt die Gefährdung der jungen Unternehmen noch krasser zutage, ja sogar mit steigender Tendenz. Während bis 1977 regelmäßig drei Viertel aller Konkurse bei der

jungen Unternehmensgeneration registriert wurden, schwankt dieser Anteil seit 1978 sogar zwischen 83 und 86 Prozent. Mit verantwortlich hierfür dürften sicherlich mangelnde Erfahrung, eine noch wenig gefestigte Marktposition und eine (zu) hohe Fremdkapitalquote sein.

#### 4. Die finanzielle Seite

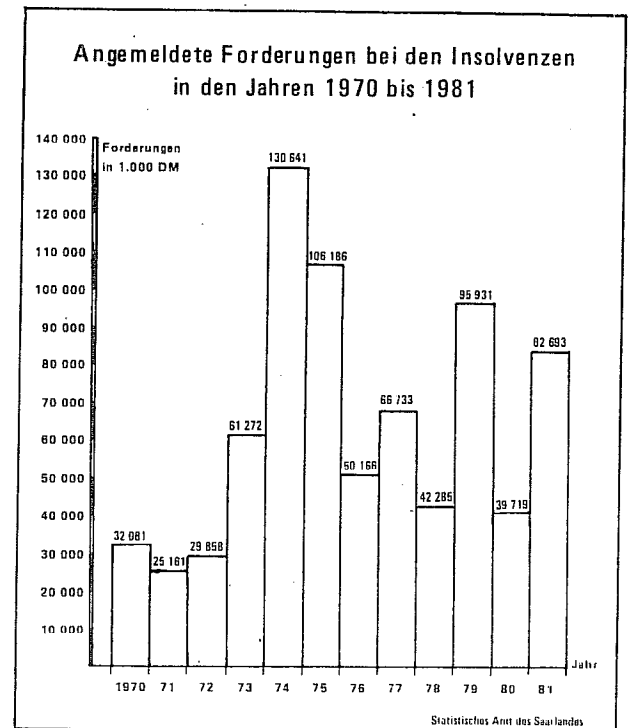
Den Gang zum Konkursrichter antreten zu müssen ist für den Gemeinschuldner gewiß eine bedauerliche Angelegenheit. Ebenso wenig erfreulich ist ein Insolvenzfall aber auch für die Gläubiger, die gutes Geld bereitgestellt haben und dann vor die Tatsache gestellt werden, davon nichts mehr oder kaum noch etwas zurückzubekommen. Schließlich geht es bei den Forderungen, die von den Gläubigern in den Konkurs- und Vergleichsverfahren geltend gemacht werden, in jedem Jahr um Millionenbeträge, die nicht selten weitere Konkurse auslösen können. Die Höhe der Forderungssummen ist jedoch sehr unterschiedlich und unterliegt keinesfalls der Entwicklung, die für die Zahl der Insolvenzfälle aufgezeigt wurde. Die Zahl der Konkursfälle signalisiert sicherlich das herrschende wirtschaftliche Klima, für die wirtschaftlichen Folgen sind aber weitaus mehr die Höhe der Forderungssummen und die finanziellen Verluste maßgebend. Gerade in einer relativ kleinen Wirtschaftsregion wie dem Saarland richten zwei, drei spektakuläre Konkurse einen viel größeren und schwerwiegenden Schaden an als anderswo oder eine Reihe geringfügigerer Zusammenbrüche. Vor diesem Hintergrund müssen die Daten gesehen werden. So fiel der niedrigste Wert 1971 mit etwas mehr als 25 Mio. DM an, der höchste im Jahre 1974 mit über 130 Mio. DM.

*Siehe Grafik 5*

Daraus ergeben sich Verbindlichkeiten, die im Durchschnitt zwischen 213 000 und 1 021 000 DM pro Gemeinschuldner betragen. Bezeichnend für die ungleichmäßige Entwicklung der finanziellen Seite ist das ständige Auf und Ab in der jährlichen Forderungssumme seit 1975.

Aus dem hohen Anteil der Konkurse, die mangels Masse gar nicht erst eröffnet werden, wird ersichtlich, daß die Gläubiger in der Mehrzahl der

**Grafik 5**



Fälle hohe Verluste hinnehmen müssen, wenn nicht sogar gezwungen werden, ihre Forderungen vollständig abzuschreiben.

Andere Verluste, die durch Zahlungsschwierigkeiten ebenfalls hervorgerufen werden, bei den Konkursmeldungen jedoch keine Erwähnung finden, sind die verlorengegangenen Arbeitsplätze. Die Statistik der Zahlungsschwierigkeiten ist leider nicht nach arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten konzipiert. Insofern wird mit den finanziellen Verlusten nur ein Teil des gesamten volkswirtschaftlichen Schadens abgedeckt.

**Karl Schneider**  
Dipl. Volkswirt



# Stagnation im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes 1981

1. Rezessive Grundtendenz im Bundesgebiet
2. Erneuter Einbruch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe
3. Investitionsgüter produzierendes Gewerbe
4. Konsumgüterproduktion rückläufig
5. Beschäftigungsanstieg im Bergbau

## 1. Rezessive Grundtendenz im Bundesgebiet

Das Jahr 1981 stand im gesamten Bundesgebiet im Zeichen wirtschaftlicher Abschwächung. Die sich im zweiten Quartal 1980 ankündigende rezessive Grundstimmung blieb im Folgejahr erhalten. Der anfänglich noch vorhandene Konjunkturoptimismus, der nur von einer kurzen temporären Abschwächung ausging, wandelte sich allmählich zu der Einsicht einer länger andauernden Abkühlung. Gemessen an den saisonbereinigten Produktionszahlen brachte das Jahr 1981 jedoch keinen weiteren Rückgang. Die Produktion des abgelaufenen Jahres bewegte sich damit in etwa auf dem Niveau der letzten beiden Quartale 1980. Bei einer weiterhin gestiegenen Produktivität bedeutet dies jedoch zusätzliche Probleme auf dem Arbeitsmarkt.

Am deutlichsten war die Abkühlung im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Bundesgebietes zu spüren. Das Jahr 1981 bewegte sich hier deutlich unter dem Niveau der beiden Vorjahre und fiel damit auf die Produktionszahlen von 1978 zurück. Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe des Bundesgebietes war der Einbruch bisher nicht so ausgeprägt. Wenn auch nicht alle Werte von 1980 gehalten werden konnten, so blieben zumindest die Produktionszahlen noch über denen der früheren Jahre. Der deutliche Rückgang der geleisteten Arbeiterstunden deutet jedoch auf eine niedrigere Kapazitätsauslastung hin.

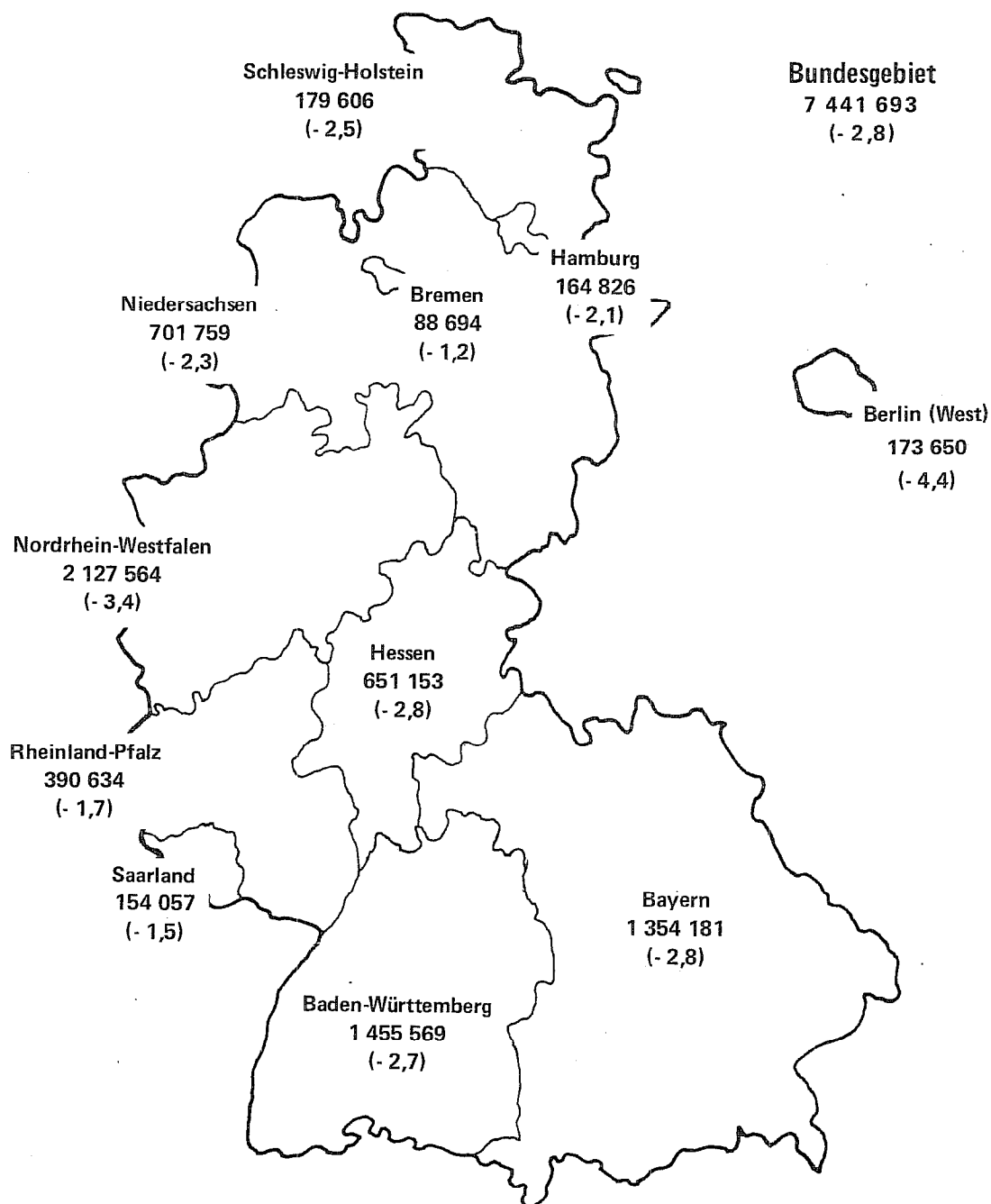
Das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe mußte dagegen erhebliche Einbußen hinnehmen. Insbesondere der Bereich des Bekleidungs- und Textilgewerbes blieb im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung stark unter Druck. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe konnte im Bundesgebiet bei rückläufigen Beschäftigtenzahlen seine Produktion leicht erhöhen.

Bedingt durch diese Gesamtlage sank die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Bundes um 2,1 % auf 7,5 Mill. Dies bedeutet für 1981 den Verlust von über 160 000 Arbeitsplätzen und zugleich die geringste Zahl von Beschäftigten seit über zwei Jahrzehnten. Die in den letzten beiden Jahren zu beobachtende Ausweitung des Arbeitsplatzangebotes im industriellen Sektor war somit lediglich eine konjunkturbedingte Abweichung von einem langfristigen Schrumpfungsprozeß. Auf der anderen Seite zeigen diese Daten, daß sich derzeit am Arbeitsmarkt demographische Entwicklungen mit konjunkturellen Schwankungen und strukturellen Wandlungen der bundesdeutschen Wirtschaft gleichgerichtet überlagern. Vor diesem Hintergrund sind auch die Anstrengungen um eine Beseitigung des vorhandenen Ungleichgewichtes zu sehen.

Die Entwicklung im Saarland wich von dem zuvor beschriebenen Trend im Bundesgebiet nicht grundlegend ab. Das Produktionsergebnis stagnierte im Saarland bereits im Vorjahr, so daß sich hier, im wesentlichen durch Sonderentwicklungen in Teilbereichen bedingt, keine weitere Verschlechterung ergab. Wenn die Zahl der Beschäftigten mit - 0,5 % nur geringfügig zurückging, so liegt dies im wesentlichen an der Beschäftigungsausweitung um 6,8 % im Saarbergbau und den erst in der zweiten Jahreshälfte deutlich verringerten Belegschaftszahlen einiger wichtiger Wirtschaftszweige, die im Jahresdurchschnitt noch nicht voll zum Tragen kom-

# Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern im November 1981 <sup>1)</sup>

Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



1) Veränderung in Prozent zu November 1980

Quelle: Statistisches Bundesamt

Statistisches Amt des Saarlandes

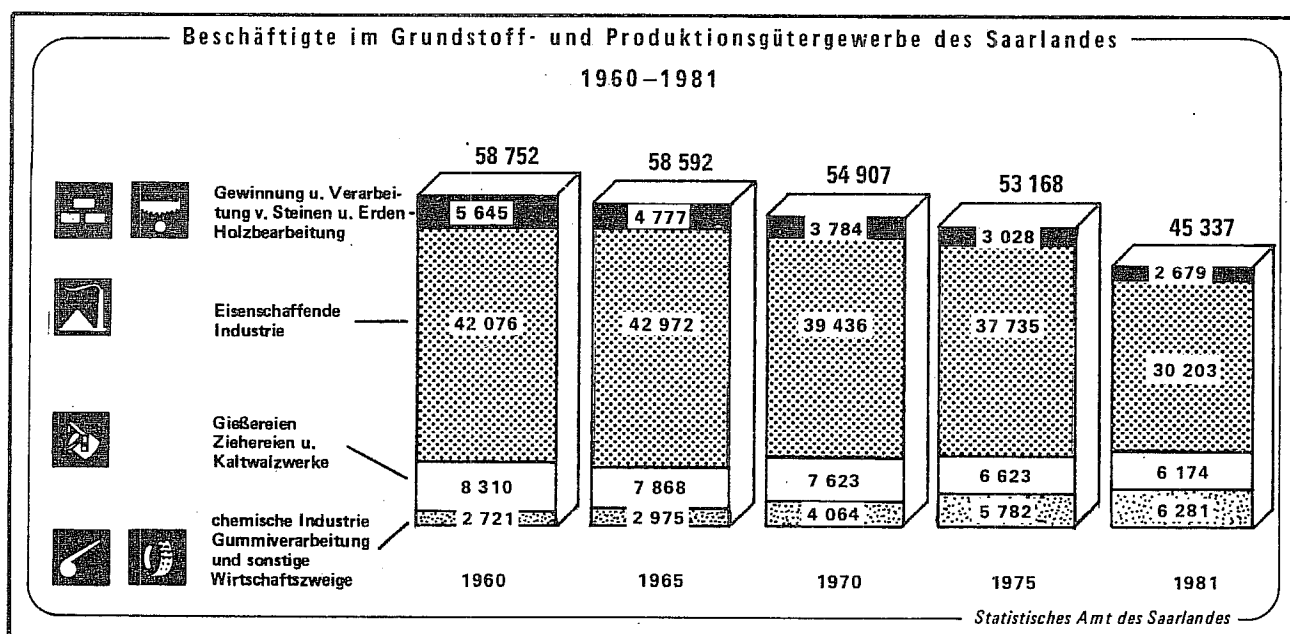
men. Einen spürbar unter dem Bundesdurchschnitt liegenden Rückgang der Beschäftigtenzahlen verzeichneten die Bundesländer Bremen und Rheinland-Pfalz. Im Saarland wäre ohne den Beitrag des Bergbaus das Beschäftigungsniveau der Vorjahre nicht gehalten worden. Die in den übrigen Wirtschaftshauptgruppen sich abzeichnenden Verluste dürften im Jahr 1982 jedoch kaum noch eine Kompensation zulassen.

## 2. Erneuter Einbruch im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe

Entgegen dem Trend der letzten Jahrzehnte stieg in den Jahren 1979 und 1980, nicht zuletzt auf Grund der allgemein günstigen Konjunkturlage, auch die Zahl der im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe des Saarlandes tätigen Personen leicht an. 1980 kündigte sich hier jedoch frühzeitig das erneute Einschwenken auf den langfristigen Schrumpfungsprozeß an. Der Arbeitsplatzverlust in den zurückliegenden Rezessionsmonaten war bereits so stark, daß mehr als der leichte Zuwachs der Vorjahre wieder verloren gegangen ist. Die Entwicklung knüpft damit an das Niveau nach den Jahren des starken Belegschaftsabbaus im Montanbereich 1974 – 1978 an. Ende des Jahres 1981 sank die Zahl der Beschäftigten der Eisenschaffenden Industrie des

Saarlandes erstmals unter 30 000, 1960 zählte dieser Wirtschaftszweig noch 42 000 Beschäftigte. Für das gesamte Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe bedeutet dies einen Rückgang von 58 752 tätigen Personen 1960 auf nur noch 45 337 im Jahr 1981. Diese Zahlen markieren den langfristigen Trend, wenn es auch in einigen Jahren branchen- oder konjunkturbedingte Schwankungen gab. Damit fiel der Schrumpfungsprozeß im saarländischen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe infolge seines hohen Montananteils gravierender aus als im Bundesgebiet.

Die für 1981 zu verzeichnende Entwicklung war bereits im Vorjahr deutlich zu erkennen. Die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden, als Annäherung für die Auslastung der kurzfristig verfügbaren Produktionskapazitäten, war 1980 um 1,4 % gefallen und fiel 1981 erneut um -3,7 %. Die Bruttolohn- und -gehaltssumme erhöhte sich lediglich nominal um 2,4 % auf 1,6 Mrd. DM. Die Umsatzentwicklung gab in beiden Jahren keinen Raum für einen realen Zuwachs. Im Vergleich zu 1980 erhöhte sich der Umsatz aus eigenen Erzeugnissen um 1,4 % auf 7,5 Mrd. DM.



Bestimmt wurde diese Situation durch die angespannte Lage am Stahlmarkt. Die erheblich gestiegene Produktivität ermöglicht Produktionszahlen, die deutlich über denen der 60er Jahre liegen, bei gleichzeitig sinkenden Belegschaften. Die gegebenen Produktionsbedingungen, verbunden mit der verstärkten internationalen Konkurrenz und dem verlangsamten Wachstum der Nachfrage, erlaubten in den zurückliegenden Jahren, auch im europäischen Raum, keine Produktion, die für eine Stabilisierung des Arbeitskräftebedarfs ausgereicht hätte. Auf Grund seines hohen Montananteils kamen diese Probleme vor allem im saarländischen Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe zum Tragen. Hinzu kamen Schwierigkeiten aus den Wirtschaftszweigen Gießerei sowie Drahtzieherei und Herstellung von Drahterzeugnissen.

spürbaren Abwärtstrend auch 1981 fort. Von diesem Trend erstmals erfaßt wurde auch die Gummiverarbeitung. Dieser im Rahmen der Umstrukturierung im Saarland stark expandierte Wirtschaftszweig ließ 1981 erstmals in seiner Wachstumsdynamik nach.

### 3. Investitionsgüter produzierendes Gewerbe

Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, lange Zeit als Stütze der sich abschwächenden Konjunktur betrachtet, wurde spätestens 1981 auch im Saarland von negativen Tendenzen beeinflusst. In Teilbereichen waren bereits im Vorjahr nicht unerhebliche Probleme zu verzeichnen. Das Investitionsgüter produzierende Gewerbe, das 1980 noch einen positiven Beitrag zur Ent-

Rohstahlerzeugung in der Europäischen Gemeinschaft und in der Bundesrepublik Deutschland 1970 – 1981

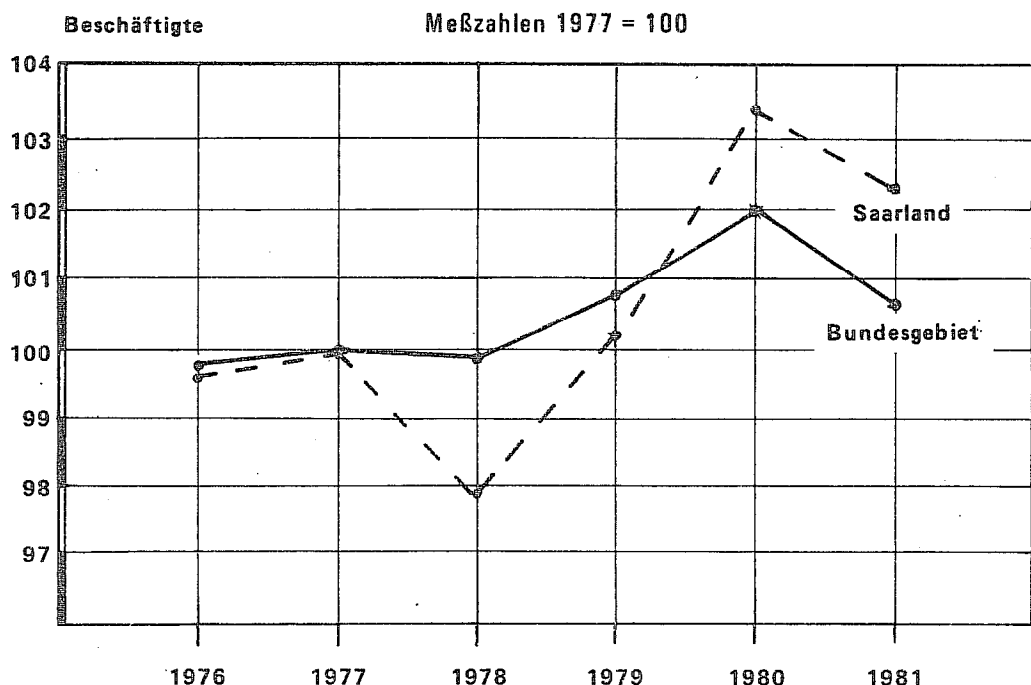
Länder	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	Mill. t											
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>	45,0	40,3	43,7	49,5	53,2	40,4	42,4	39,0	41,3	46,0	43,8	41,7
dar.: Nordrhein-Westfalen	30,5	27,5	29,1	32,5	34,6	26,1	27,2	24,5	25,9	28,8	26,9	25,8
SAARLAND	5,4	4,4	5,0	5,7	6,4	4,7	5,0	4,4	4,6	5,1	4,9	4,7
übrige Bundesländer	9,1	8,4	9,6	11,3	12,3	9,7	10,2	10,0	10,7	12,2	12,0	11,2
<b>Belgien</b>	12,6	12,4	14,5	15,5	16,2	11,6	12,1	11,3	12,6	13,4	12,3	12,3
<b>Frankreich</b>	23,8	28,8	24,1	25,3	27,0	21,5	23,2	22,1	22,8	23,4	23,2	21,1
<b>Italien</b>	17,3	17,5	19,8	21,0	23,8	21,8	23,4	23,3	24,3	24,3	26,5	24,7
<b>Luxemburg</b>	5,5	5,2	5,5	5,9	6,4	4,6	4,6	4,3	4,8	5,0	4,6	3,8
<b>Niederlande</b>	5,0	5,1	5,6	5,6	5,8	4,8	5,2	4,9	5,6	5,8	5,3	5,5
<b>Großbritannien</b>	28,3	24,2	25,3	26,6	22,3	20,1	22,3	20,4	20,3	21,5	11,3	15,6
<b>Europäische Gemeinschaft</b>												
<b>INSGESAMT 1)</b>	<b>138,0</b>	<b>128,1</b>	<b>139,0</b>	<b>150,0</b>	<b>155,5</b>	<b>125,6</b>	<b>134,0</b>	<b>126,1</b>	<b>132,6</b>	<b>140,2</b>	<b>127,7</b>	<b>126,1</b>

1) einschl. Dänemark, Irland und ab 1981 Griechenland.

Der Bereich der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden profitierte in den Vorjahren von der damals noch guten Baukonjunktur. Parallel zur Krise des Bauhauptgewerbes spürte auch die Baustoffproduktion die Probleme der hohen Zinsen und der Bemühungen der öffentlichen Hand um eine Konsolidierung ihrer Haushalte. Ein Rückgang der tätigen Personen in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden um -3,2 % und der geleisteten Arbeiterstunden um -9,5 % sprechen eine deutliche Sprache. Die Holzbearbeitung und die Chemische Industrie setzten den bereits im Vorjahr

lastung des saarländischen Arbeitsmarktes leistete, konnte im Durchschnitt des abgelaufenen Jahres den hohen Beschäftigungsstand des Vorjahres nicht mehr ganz halten. Erfolgte die Produktionsanpassung zunächst noch weitgehend durch Reduktion der geleisteten Arbeiterstunden, so kam es in der zweiten Jahreshälfte auch zu spürbaren Verringerungen der Belegschaften. Wenn auch die Zahl der Beschäftigten mit 56 361 um rund 1 Prozent unter der des Jahres 1980 lag, so blieb sie jedoch weiterhin deutlich über der der Vorjahre. Das heißt, die hier in den letzten Jahren neugeschaffenen Arbeitsplätze blieben bisher weitgehend erhalten.

### Beschäftigungsentwicklung im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup> des Bundesgebietes und des Saarlandes 1977 – 1981



1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Erhebungen und Berechnungen

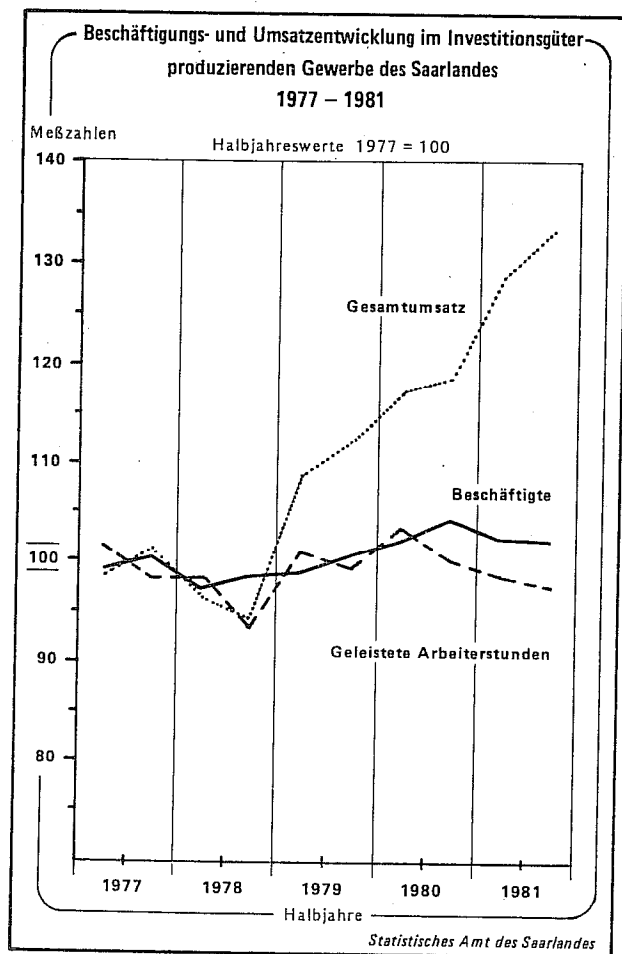
Statistisches Amt des Saarlandes

Ins Gewicht fällt zunächst der Rückgang im Maschinenbau und die Probleme im Stahl- und Leichtmetallbau. Die noch vorhandenen nominalen Umsatzsteigerungen bewegen sich weitgehend im Bereich der zwischenzeitlichen Preissteigerungsrate, so daß kaum ein realer Zuwachs bleibt. Im saarländischen Maschinenbau sind die Produktionszahlen nach deutlichen Zuwachsraten in den Vorjahren rückläufig. Die Zahl der Beschäftigten ist um rund 200 auf 12 153 zurückgegangen. Der saarländische Stahlbau konnte bis zum zweiten Quartal 1981 sein insgesamt hohes Beschäftigungsniveau halten. Nachdem die Kapazitätsauslastung bereits früher zurückging, kam es gegen Ende des Jahres auch zu einer Verringerung der Belegschaften.

Der Straßenfahrzeugbau ist mit 18 126 tätigen Personen der zentrale Wirtschaftszweig des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes des Saarlandes und der einzige, der sich im Vorjahresvergleich noch halten konnte. Sowohl bei der Interpretation der Produktionszahlen als auch der Umsatzentwicklung sollte jedoch die im Vorjahr stattgefundene Modellumstellung in einer

großen Betriebsstätte berücksichtigt werden. Nachdem die Beschäftigtenzahlen 1980 um 6,4 % und 1981 noch einmal um 0,4 % gestiegen sind, zählt der saarländische Straßenfahrzeugbau im Vergleich zu 1977 rund 1 500 zusätzliche Arbeitsplätze. Auch hier handelt es sich, ähnlich der Gummiverarbeitung, um einen im Rahmen des Strukturwandels der Saarwirtschaft neu entstandenen Wirtschaftszweig, der im wesentlichen durch größere Zweigbetriebe bestimmt ist.

Die Elektrotechnik mußte im abgelaufenen Jahr nicht unerhebliche Einbußen hinnehmen. Ähnliches gilt für die Betriebe der Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren, wobei es für diesen Wirtschaftszweig bereits das zweite Jahr mit geschrumpften Produktionszahlen ist. Die im Vergleich zum Vorjahr ausgewiesenen Zuwachsraten beim Auftragseingang im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe sind nicht unwesentlich durch ausländische Großaufträge beeinflusst. Bedingt hierdurch ergeben sich für die regionale Zuordnung Probleme, die die Interpretation des zu erwartenden Auslastungs- und



Beschäftigungseffektes erschweren. Unter Ein-  
schluß dieser Sonderfaktoren ergibt sich für das  
Investitionsgüter produzierende Gewerbe kein  
ungetrübtes Bild. Mit 56 361 Beschäftigten ist  
es der zentrale Bereich der Saarindustrie, der  
nach einer Umsatzsteigerung um 11,1 % mit nun-  
mehr 7,8 Mrd. DM auch beim Umsatz aus eigenen  
Erzeugnissen das Grundstoff- und Produktions-  
gütergewerbe auf Platz zwei verdrängte.

#### 4. Konsumgüterproduktion rückläufig

Die Umsätze des Nahrungs- und Genußmittelge-  
werbes stiegen im Saarland nominal um 4,6 %  
auf 1,4 Mrd. DM, was real gerechnet einen Rück-  
gang darstellt. Im Verbrauchsgüter produzie-  
renden Gewerbe stagnierten mit 0,2 % bereits die  
nominalen Umsätze. Unter diesen Bedingungen  
war zu erwarten, daß die bereits 1980 gefallene  
Kapazitätsauslastung weiter abnehmen würde.  
Mit einem Rückgang von 4,9 % bzw. 2,6 % deu-  
tet die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden im

Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe sowie  
im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe in die  
gleiche Richtung.

Nach Wirtschaftszweigen betrachtet war die Fein-  
keramik hier der einzige Bereich, der sich gut  
halten konnte. Im Vergleich zu den übrigen Wirt-  
schaftszweigen fiel auch das Ergebnis in der Her-  
stellung und Verarbeitung von Glas noch günstig  
aus. Die übrigen Bereiche wie Holzverarbeitung  
und Herstellung von Kunststoffwaren mußten  
Produktionseinbußen hinnehmen. Als kritisch  
dürfte die Situation in dem Bereich Lederverar-  
beitung, Textil- und Bekleidungsgewerbe zu be-  
werten sein. Hier setzt sich der langfristig zu  
beobachtende Schrumpfungsprozeß, durch die  
Konjunkturlage bedingt, beschleunigt fort.

Im Ernährungsgewerbe des Saarlandes konnte  
sich die Fleischwarenindustrie als größter Teil-  
bereich mit einer Umsatzsteigerung um 14,7 Pro-  
zent am besten halten. Die Brauereien als zweit-  
größter Wirtschaftszweig erreichten die Vorjah-  
reswerte nicht ganz. Insgesamt gesehen ging die  
allgemeine konjunkturelle Abschwächung auch  
am Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe  
sowie am Nahrungs- und Genußmittelgewerbe  
nicht spurlos vorbei. Die Zahl der Beschäftigten  
in beiden Hauptgruppen zusammen fiel von  
27 266 im Jahr 1980 auf 26 605 im Jahr 1981.

#### 5. Beschäftigungsanstieg im Bergbau

War der rasch schrumpfende Bergbau in den 60er  
Jahren das zentrale Problem der Saarwirtschaft,  
so entwickelte er sich im Zuge der 70er Jahre zu  
einer expandierenden Branche. In den letzten  
drei Jahren stieg die Zahl der im Saarbergbau  
tätigen Personen kontinuierlich. Gegenüber dem  
Stand von 1978 wurden rund 4 000 Arbeits-  
plätze neu geschaffen. Hiermit leistete der Saar-  
bergbau einen bedeutenden Beitrag zur Ent-  
lastung des saarländischen Arbeitsmarktes. Im  
Durchschnitt des Jahres 1981 stellte der saar-  
ländische Bergbau 25 750 Arbeitsplätze zur Ver-  
fügung. Eingeschlossen in diese Zahlen sind auch  
die in den Kokereien und Kohlekraftwerken von  
Saarberg tätigen Arbeitnehmer.

In dieser Abgrenzung entfielen rund 17 Prozent  
der industriellen Arbeitsplätze auf den Bergbau.

**Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe des Saarlandes  
nach Wirtschaftszweigen 1977 - 1981**

**Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten**

Sypro- Nr.	Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftszweig Insgesamt	1977	1978	1979	1980	1981
		Anzahl				
2111	Steinkohlenbergbau, Brikettherstellung, Kokerei	22 154	21 764	22 464	24 124	25 757
	Verarbeitendes Gewerbe	132 761	126 845	128 452	130 750	128 303
	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	50 378	45 953	46 093	46 514	45 337
22	Mineralölverarbeitung	.	.	.	.	.
25	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1 780	1 681	1 638	1 666	1 613
27	Eisenschaffende Industrie	34 717	30 572	30 391	30 818	30 203
28	NE-Metallerzeugung, NE-Metallhalbzeugwerke	.	.	.	.	.
29	Gießerei	4 003	3 963	4 018	3 998	3 908
3015	Drahtziehereien, Herstellung von Drahterzeugnissen	2 399	2 445	2 633	2 504	2 234
40	Chemische Industrie	1 704	1 538	1 565	1 487	2 622
53	Holzbearbeitung	1 252	1 199	1 152	1 134	1 066
55	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeerzeugung	—	—	—	—	—
59	Gummiverarbeitung	4 284	4 325	4 432	4 587	4 520
	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	55 119	53 982	55 216	56 970	56 361
3021	H.v. Gesenk-u.l. Freiformschmiedestücken, Schw.Presst.	2 628	2 513	2 646	2 678	2 622
3025	Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung	2 510	2 461	2 450	2 424	2 287
31	Stahl- und Leichtmetallbau	10 691	10 439	10 174	10 324	10 306
32	Maschinenbau	11 702	11 371	11 798	12 366	12 153
33	Straßenfahrzeugbau, Reparatur v. Kraftfahrzeugen usw.	16 647	16 510	16 970	18 051	18 126
34	Schiffbau	—	—	—	—	—
36	Elektrotechnik, Reparatur v. Haushaltsgeräten	7 892	7 599	7 937	8 123	7 966
37	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	291	297	257	208	281
38	Herstellung von EBM-Waren	2 662	2 688	2 766	2 674	2 540
50	H.v. Büromaschinen, ADV-Geräten u. -Einrichtungen	96	104	.	122	80
	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	19 354	19 311	19 454	19 534	18 920
39	H.v. Musikinstrumenten, Spielwaren usw.	465	450	451	616	.
51	Feinkeramik	7 258	7 254	7 249	7 263	7 389
52	Herstellung und Verarbeitung von Glas	587	591	637	649	651
54	Holzverarbeitung	1 815	1 825	1 812	1 724	1 676
56	Papier- und Pappeverarbeitung	423	389	351	335	328
57	Druckerei, Vervielfältigung	1 991	1 996	2 067	2 199	2 250
58	Herstellung von Kunststoffwaren	1 265	1 331	1 516	1 593	1 378
61	Ledererzeugung	—	—	—	—	—
62	Lederverarbeitung	532	451	430	424	329
63	Textilgewerbe	618	606	417	365	.
64	Bekleidungsgewerbe	4 400	4 418	4 524	4 366	3 985
65	Reparatur v. Gebrauchsgütern (ohne elektr. Geräte)	—	—	—	—	—
	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	7 910	7 599	7 689	7 732	7 685
6818	dar.. H. v. Backwaren	739	696	636	609	679
6831	Molkerei, Käseerei	498	484	492	491	466
6853	Fleischwarenindustrie	2 038	1 939	2 051	2 074	2 144
6871	Brauerei	1 939	1 826	1 745	1 746	1 724
69	Tabakverarbeitung	.	.	.	.	.
	<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe</b>	<b>154 915</b>	<b>148 609</b>	<b>150 916</b>	<b>154 874</b>	<b>154 060</b>

Damit ist der Steinkohlebergbau nach der Eisen-schaffenden Industrie der zweitgrößte industrielle Wirtschaftszweig des Saarlandes. Der Gesamtumsatz des saarländischen Bergbaus erhöhte sich im abgelaufenen Jahr um 5,7 % auf 4,5 Mrd. DM. Nicht zuletzt bedingt durch die Belegschaftsaus- weitung stieg die Bruttolohn- und -gehaltssumme auf rund 1 Mrd. DM, was auch ein bedeutendes Kaufkraftpotential für die Region darstellt. Mit einer Bruttolohn- und -gehaltssumme je Beschäf- tigten von 40 100 DM liegen die Einkünfte im Bergbau weiterhin spürbar über dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes. Die Steinkohlen- förderung von Saarberg erhöhte sich 1981 um 6,4 % auf 10,8 Mill. Die im Saarland geförderte Kohle hat einen Anteil von 12 Prozent an der bundesdeutschen Steinkohlenförderung. Damit haben energiepolitische Tendenzen und Ent- scheidungen eine erhebliche Rückwirkung auf das Saarrevier.

Die Bemühungen der letzten Jahre, im Rahmen der Energieeinsparung die Abhängigkeit vom Erd- öl zu senken, führte zu einer stärkeren Rückbe- sinnung auch auf die heimischen Energieträger. In Folge dieser Entwicklung stieg in den letzten Jahren die bundesdeutsche Steinkohlenförde- rung. Ihren absoluten Tiefstpunkt hatte diese 1978 mit 83,5 Mill. t erreicht, gegenüber 149,4 Mill. t 1957. Bis 1981 stieg die Steinkohlenförde- rung wieder auf 87,9 Mill. t. Wesentlichen Ein- fluß auf diese Entwicklung hatte der erhöhte Steinkohleneinsatz in Kraftwerken. Wurden 1975 nur 27 Mill. t und 1977 32 Mill. t deutsche Steinkohle an Kraftwerke abgesetzt, so waren dies 1981 rund 40 Mill. t. Ein weiterer bedeuten- der Steinkohleverbraucher ist die Stahlindustrie. Die hier bestehenden Probleme bleiben jedoch nicht ohne Rückwirkungen auf die Absatzmög- lichkeiten. Die Erfahrungen des letzten Jahr- zehnts zeigen, daß auch hier ein nicht unbedeu- tender Unsicherheitsfaktor besteht. Auf kurze Sicht wird die Entwicklung des Bergbaus nicht unwesentlich von dem vorhandenen Strombe- darf und dem Steinkohleneinsatz in Kraftwer- ken abhängen. In den letzten beiden Jahren fiel hier die Steigerungsrate merklich zurück, womit auch die Abhängigkeit von der gesamtwirtschaft- lichen Entwicklung deutlich wird.

**Steinkohlenförderung <sup>1)</sup> in der Bundesrepublik  
Deutschland nach Revieren 1957 – 1981**

Jahr	Revier				Bun- <sup>1)</sup> desre- publik
	Ruhr	Saar	Aachen	Ibben- büren	
	Mill. t				
1957	123,2	16,3	7,6	2,3	149,4
1958	122,3	16,2	8,0	2,3	148,8
1959	115,4	16,1	7,9	2,3	141,7
1960	115,5	16,2	8,2	2,4	142,3
1961	116,1	16,1	8,3	2,2	142,7
1962	115,9	14,9	8,0	2,3	141,1
1963	117,1	14,9	7,8	2,3	142,1
1964	117,6	14,6	7,7	2,3	142,2
1965	110,9	14,2	7,8	2,2	135,1
1966	102,9	13,7	7,4	2,0	126,0
1967	90,4	12,4	7,0	2,2	112,0
1968	91,0	11,3	7,3	2,4	112,0
1969	91,2	11,1	6,7	2,6	111,6
1970	91,1	10,5	6,9	2,8	111,3
1971	90,7	10,7	6,6	2,8	110,8
1972	83,3	10,4	6,3	2,5	102,5
1973	79,8	9,2	6,0	2,3	97,3
1974	78,3	8,9	5,8	1,9	94,9
1975	75,9	9,0	5,7	1,8	92,4
1976	72,8	9,3	5,4	1,8	89,3
1977	68,1	9,3	5,2	1,9	84,5
1978	67,1	9,3	5,0	2,1	83,5
1979	68,7	9,9	5,0	2,2	85,8
1980	69,2	10,1	5,1	2,2	86,6
1981	70,0	10,8	4,9	2,2	87,9

1) ohne Klein- und Stollenbetriebe

Quelle: Steinkohle 1980/81, Daten und Tendenzen,  
Gesamtverband des deutschen Steinkohlenbergbaus

**Norbert Bettinger**  
Dipl. Volkswirt



# Teilhhaberbetrieb im Statistischen Amt des Saarlandes

## – Datenfernverarbeitung –

### I. Vorbemerkungen

Aufgrund des „Saarländischen Gesetzes über das Krebsregister (SKRG)“ vom 17. Januar 1979 mußten im Statistischen Amt des Saarlandes Überlegungen angestellt werden, das Krebsregister maschinell zu bearbeiten. Um nun aber keine isolierte Lösung anzustreben, wurden in diese Planung alle Verfahren der amtlichen Statistik, die maschinell bearbeitet werden, einbezogen. Datenschutzrechtliche Probleme zwangen die Mitglieder der Projektgruppe, die mit obiger Aufgabe betraut war, das Krebsregister in die Gesamtkonzeption zwar einzubauen und einen Vorschlag für die Bearbeitung zu finden, in der Realisierungsphase aber Priorität auf die anderen Verfahren zu legen.

Im folgenden Aufsatz soll deshalb, um auch den weiteren Überlegungen bzgl. des Krebsregisters nicht vorzugreifen, auf dieses Verfahren nicht näher eingegangen werden. Unter obigen Einschränkungen waren der Projektgruppe, die sich bei ihrer Arbeit an den „Richtlinien für die Planung und Realisierung von Projekten im Rahmen der automatisierten Datenverarbeitung“ vom Dezember 1980 orientierte, noch folgende Aufgaben gestellt:

- Bearbeitung der im Statistischen Amt geführten Karteien (**Kartei im Produzierenden Gewerbe, Betriebsregister Landwirtschaft**) per Bildschirm
- Erstellung und Bearbeitung einer zentralen **Adreßdatei**
- Bearbeitung von **Plausibilitäten** per Bildschirm
- Datenaufnahme über Bildschirm

Diese neue Verfahrenstechnik zielt vornehmlich auf eine Rationalisierung bestehender Abläufe hin, gleichzeitig soll sie jedoch die Probleme und Aufgaben der Fachabteilungen effizienter lösen helfen, da die Rolle der Fachabteilungen mit dem Heranrücken des Computers an den Arbeitsplatz über Datenendstation in ihrer Bedeutung zunimmt. Als direkte Auftraggeber an das System

müssen sich die Fachabteilungen allerdings die Befähigung erarbeiten, Aufträge präzise zu beschreiben und in ein automatisiertes Verfahren umzusetzen.

Die Realisierung eines computerunterstützten Bearbeitungssystems bedurfte einer sorgfältigen und systematischen Planung. Da der Gesamtkomplex, Teilhaberbetrieb im Statistischen Amt, nicht in einem Arbeitsschritt entscheidbar war, mußte aus Gründen der Zweckmäßigkeit und zur Begrenzung des Risikos das Gesamtprojekt in Phasen eingeteilt werden. Diese Phaseneinteilung hält die Entwicklung für alle überschaubar und fördert eine schnelle Reaktion auf neue Gegebenheiten.

In einer Abbildung sollen die einzelnen Phasen in einem Aufwand/Zeit-Koordinatensystem veranschaulicht werden:

Die Arbeit der Projektgruppe (dargestellt im Projektbericht: „Teilnehmerbetrieb im Statistischen Amt“) erstreckte sich auf drei größere Phasen:

#### – Grobkonzeption

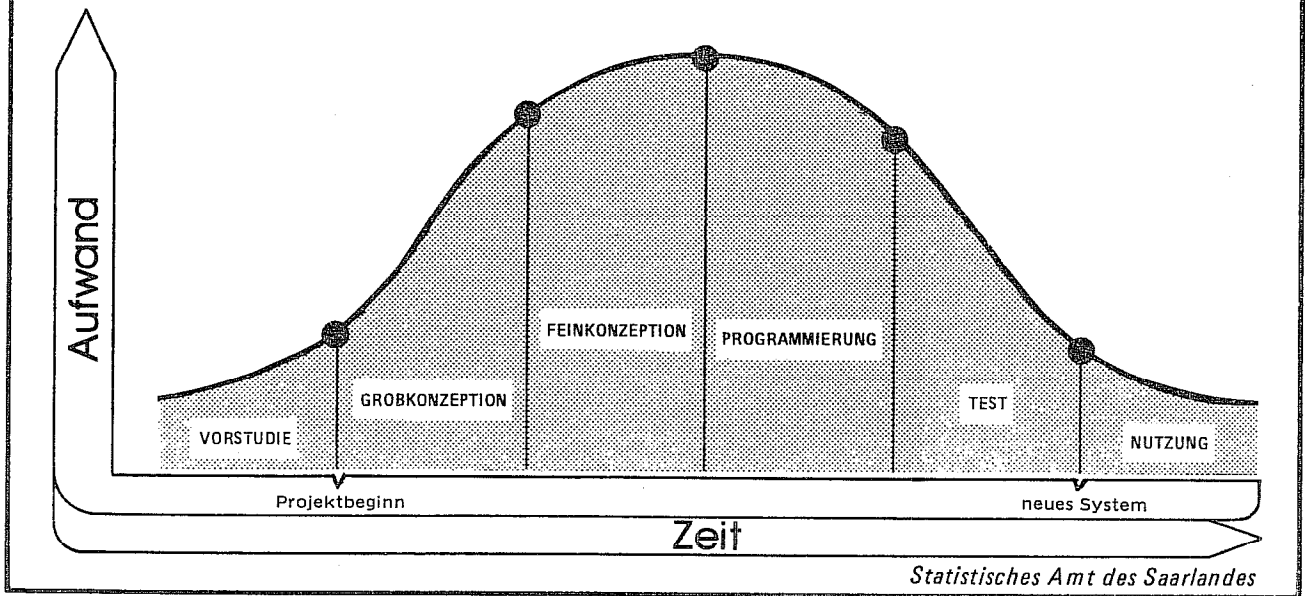
Ziel dieser Phase waren die im Entwicklungsantrag festgelegten Zielsetzungen, Bedingungen und evtl. Lösungsvorschläge zu spezifizieren und die zweckmäßigsten Lösungsalternativen auszuwählen.

In diesem Stadium wurde die grundsätzliche Richtung – ausgerichtet am Idealkonzept und der Istaufnahme – für die weitere Planung und die Realisierungsarbeit bestimmt.

#### – Fachliche Feinkonzeption

Aufbauend auf dem Grobkonzept wurde der Lösungsweg in Form des fachlichen Feinkonzeptes detailliert beschrieben und unter Berücksichtigung der DV-technischen Möglichkeiten des DV-Grobkonzeptes erstellt. Am Ende dieser Phase war jeder Elementarprozeß im Detail festgelegt.

# Projekt – Phasen



## — Realisierungsphase

Die Realisierungsphase gibt auf der Grundlage der Leistungsbeschreibung (des Konzepts) das DV-Feinkonzept in Form von Spezifikationen als Arbeitsunterlage für die Programmierung vor. Anschließend sind die Verfahrensteile nach den Projekt- und Programmierrichtlinien mit den entsprechenden Arbeitsanweisungen zu erstellen und zu testen.

Nach einer Testphase wird das Verfahren in den Anwenderabteilungen eingeführt. Um das DV-Hilfsmittel optimal anwenden zu können, ist es notwendig, die entsprechenden Mitarbeiter zu schulen und in die Verfahren einzuweisen.

## II. Ausgangslage

In der amtlichen Statistik werden jährlich circa 150 Statistiken, sei es in einem monatlichen, vierteljährlichen, halbjährlichen, jährlichen oder mehrjährigen Rhythmus bearbeitet. Ein besonderes Gewicht besitzen die kurzfristigen (monatlichen) Statistiken, die für die laufende Konjunkturbeobachtung einen hohen Aussagewert besitzen. Zu diesen Statistiken zählen u. a. der Monatsbericht im Bergbau und Verarbeitenden Ge-

werbe, der Monatsbericht im Bauhauptgewerbe und die Statistiken der Bevölkerungsbewegung. Da die Daten aus diesen Erhebungen im Rahmen des Verbundes aller Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes termingerecht vorliegen müssen, wäre deshalb ein Zeitgewinn vor allem bei diesen Verfahren durch die Datenfernverarbeitung von großer Wichtigkeit.

Ein anderes, aber ebenso wichtiges Untersuchungsfeld bilden die Register bzw. Dateien der amtlichen Statistik (Kartei im Produzierenden Gewerbe (KPG), Betriebsregister Landwirtschaft (BRL) und die neu aufzubauende Adreßdatei (AD)).

Im folgenden sollen „Kartei“, „Register“ und „Datei“ synonym benutzt werden.

Im Jahre 1975 wurden die Statistiken des Produzierenden Gewerbes auf eine neue gesetzliche Grundlage gestellt. Damit konnte nach jahrelangen Vorarbeiten eine Konzeption für einen der Hauptbereiche der Wirtschaftsstatistik realisiert werden, die einerseits die Möglichkeit eröffnete, Daten aus einer Vielzahl von Statistiken unterschiedlichen Inhalts und verschie-

dener Periodizität zusammenzuführen, und die andererseits die Voraussetzung schuf, statistische Arbeitsabläufe weitgehend zu rationalisieren. Als Instrument dafür wurde in allen Statistischen Landesämtern und im Statistischen Bundesamt eine Kartei des Produzierenden Gewerbes aufgebaut. In Anlehnung an diese Kartei entwickelte sich das Betriebsregister der Landwirtschaftsstatistiken. Die Programme des Betriebsregisters Landwirtschaft basieren auf den entsprechenden Programmen der Kartei im Produzierenden Gewerbe; die Implementierung erfolgte im Saarland Anfang 1979.

Beide Karteien sind die ersten in der amtlichen Statistik, die im Rahmen des Verbundes voll automatisiert wurden und für die tägliche Praxis als zentrale Steuerungsinstrumente der Statistiken des Produzierenden Gewerbes und der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Das erfordert naturgemäß, daß die Register immer auf dem neuesten Stand gehalten werden, da ständig Korrekturen durchzuführen und Leitbänder zu erstellen sind. Deshalb ist es von großem Vorteil, im Statistischen Amt Zugriffsmöglichkeiten auf diese Register, die in der ZDV-Saar auf Magnetplatte bereitstehen sollen, zu ermöglichen.

In die Diskussion über die Bearbeitung der Kartei im Produzierenden Gewerbe wurden auch die Erfahrungen des Statistischen Landesamtes Berlin einbezogen. Es ist beabsichtigt, das **Interaktive Karteien-Verwaltungssystem (IKVS)** für die Kartei des Produzierenden Gewerbes in der BS-2000-Version zu übernehmen.

Als dritte Datei wurde eine Adreßdatei auf der Basis des Betriebsregisters Landwirtschaft eingerichtet. Gespeichert sind hier die im Statistischen Amt geführten kleineren Adreßdateien in einem zentralen Register.

### III. Realisierung

#### 1. Allgemeiner Überblick

In der amtlichen Statistik werden DV-gestützte Arbeiten fast ausschließlich im Batch-Betrieb

durchgeführt; die hierbei anfallenden Zeiten sind in der Regel nicht zu verkürzen. Rationalisierungen und Einsparungen müssen deshalb bei anderen Arbeitsschritten durchgeführt werden. Datenverarbeitung bewegt sich in der Größenordnung von Bruchteilen von Sekunden, die Datenerfassung schon im Sekundenbereich, der konventionelle Datentransport durch den täglichen Kurierdienst benötigt dagegen Stunden.

Die Beseitigung dieser Schwachstellen (nicht durch die Datenverarbeitung direkt beeinflussbare Gegebenheiten) soll durch Dialogverarbeitung erfolgen. Es ist dabei nicht an die optimale Lösung gedacht, nämlich Korrekturen im Einzelmateriale durchzuführen (hier sind noch technische Schwierigkeiten zu beseitigen), sondern die Sachbearbeiter können über Bildschirm Korrekturkarten erzeugen, die dann in einer Korrekturdatei abgespeichert und mit dem entsprechenden Verbundprogramm abgearbeitet werden. Vorgesehen ist, in dieses Korrekturverfahren anfangs alle kurzfristigen (monatlichen) und verschiedene vierteljährliche Statistiken einzubeziehen.

Die Kartei im Produzierenden Gewerbe, das Betriebsregister Landwirtschaft und die Adreßdatei werden hauptsächlich dazu benutzt, Adressen zu schreiben und Leitbänder zu erstellen. Von daher ist es zwingend notwendig, die Register für die täglich anfallenden Korrekturen in den Dateien immer auf dem neuesten Stand zu halten. Um hier auch die Fehlzeiten auszuschalten, soll für die Mitarbeiter des Statistischen Amtes die Möglichkeit bestehen, über Bildschirm in den Dateien zu korrigieren bzw. Korrekturdateien zu erzeugen.

Korrekturen werden für diese Dateien unterschiedlich anfallen. So fallen im BRL circa 5mal jährlich Plausibilitäten in größerem Umfang an, in der KPG hingegen fast täglich, aber in geringer Zahl. Dies bedeutet, daß die Register auf Platte vorzuhalten sind.

Die Adreßdatei, in der verschiedene kleinere Adreßdateien, die manuell oder maschinell geführt wurden, zusammengefaßt sind, sollte auch für kurzfristige Änderungen, die in geringer Zahl anfallen, zur Verfügung stehen.

Wie bereits erwähnt wurde, wird für die Kartei im Produzierenden Gewerbe das Interaktive Kartei-Verwaltungssystem (IKVS), das in Berlin entwickelt wurde, eingesetzt. Das IKVS basiert auf dem für den Aufbau und die Führung der Kartei vorgesehenen Bundesprogramms IK01 und ermöglicht von daher die Karteiverwaltung, die Neuaufnahme und den Änderungsdienst im Dialogverfahren.

- Korrekturdaten eingeben
  - Bearbeiten der Ergebnisse von Plausibilitäten
  - Eingabe von Aufträgen an die ZDV-Saar
- zur Verfügung.

## 2. Durchführung

Im Konkreten ist für diese Bearbeitung ein Ablauf vorgesehen, der es dem Fachstatistiker mit geringen EDV- und keinen Programmier- und Betriebssystemkenntnissen erlaubt, dieses Verfahren anzuwenden, da für die Bearbeitung eine „sprechende“ Dialogführung gewählt wurde.

Nachdem sich der Bearbeiter angemeldet hat, stehen ihm in der ersten Kommandoebene die Wahlmöglichkeiten

1 \*\*\*\*\*  
2  
3 Z.D.V. - S.A.A.R. DATUM: 30.04.81  
4 AMTLICHE STATISTIK. ARBEIT: 12.15.01  
5  
6  
7 \*\*\*\*\* BILDSCHIRM OABZ \*\*\*\*\*  
8  
9 SIE KÖNNEN IN DIESEM PROGRAMMSYSTEM FOLGENDE ARBEITEN DURCHFÜHREN:  
10 EINGABE  
11 (1.) EINGABE VON KORREKTURDATEN  
12  
13 (2.) BEARBEITEN DER ERGEBNISSE VON PLAUSIBILITÄTEN  
14  
15 (3.) EINGABE VON AUFTRÄGEN AN DIE ZDV-SAAR  
16  
17 BITTE WÄHLEN SIE DURCH EINGABE VON 'X' IN DER JEWEILIGEN ZEILE DIE  
18 GEWÜNSCHTE AUFGABE AUS UND BEENDEN MIT 'DUEI'.  
19  
20 ES KANN HOCHSTENS 11 VERFAHREN GEMÄHLT WERDEN.  
21  
22  
23  
24

10 20 30 40 50 60 70 80

Anhand der auf dem Bildschirm erscheinenden Angaben hat der Bearbeiter die Möglichkeit, sich erneut zu vergewissern, ob er das richtige Verfahren gewählt hat, und kann gegebenenfalls falsche Angaben korrigieren, indem er die ent-

Die Angabe des Berichtszeitraumes ist erforderlich, um die zu erstellende Korrekturdatei eindeutig dem jeweiligen Verfahren zuordnen zu können. Speziell bei Monatsstatistiken kann es vorkommen, daß die Statistik des Vormonats noch nicht abgeschlossen ist, während das Verfahren für den aktuellen Monat schon in Bearbeitung ist.

Anschließend prüft das System, ob die Angaben plausibel sind und eine Korrekturdatei schon vorliegt bzw. erstellt werden muß. In beiden Fällen wird aufgrund der Eingaben des Bearbeiters vom Verfahren das benötigte Korrekturformular ausgewählt und auf dem Bildschirm abgebildet.



#### IV. Schlußbemerkungen

Mit diesem Verfahren wird angestrebt, immer wieder auftretende Engpässe in der Bearbeitung von Statistiken mit den heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten abzubauen.

Die Bearbeiter im Statistischen Amt können so zeitnah und an ihrem Arbeitsplatz, indem die Computerleistung gleichsam an den Schreibtisch verlagert ist, ihre Statistiken bearbeiten. Durch die so möglich gewordene direkte Einbeziehung des Fachstatistikers in die maschinelle Bearbeitung des in seinem Aufgabenbereich

anfallenden Datenmaterials kann das fachliche Wissen intensiver bei der Datenpflege, der Plausibilitätsprüfung und den statistischen Auswertungen eingesetzt werden, was zwangsläufig zu einer korrekten und insbesondere termingerechten Verarbeitung des Datenmaterials führen wird. Diese beiden Komponenten, Genauigkeit und Aktualität, bestimmen im wesentlichen den Wert einer Statistik. In einer Zeit sich schnell ändernder gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklungen müssen die Statistischen Ämter mehr denn je bemüht sein, dem Bedürfnis nach größerer Aktualität Rechnung zu tragen.

#### Definitionen

**Batchbetrieb**

Stapelverarbeitung

**BS 2000**

Betriebssystem für Siemensanlagen

**Implementierung**

Einführung eines Programms oder auch ganzer Programmpakete und der damit verbundenen Arbeiten

**Interaktive Verarbeitung**

Echtzeitverarbeitung, d. h. Programme zur Verarbeitung der anfallenden Arbeit sind ständig betriebsbereit

**SAPLIS**

Saarländisches Planungsinformationssystem

**Teilhhaberbetrieb**

Datenverarbeitungssysteme, bei denen mehrere Benutzer an einem Programm teilhaben, indem sie abfragen, Daten eingeben, Daten ändern usw.. Dabei sind die einzelnen Funktionen und Operationen dem Benutzer vorgeschrieben.

**Johannes Barth**  
*Dipl. Mathematiker*





# **ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND**

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Die mit einem Stern (\*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
Bevölkerung u. Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	1 070,4	1 067,8	1 067,1	1 066,6	1 066,3	1 064,3	1 063,7	...	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	611	632	638	426	610	660	584	416	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,8	7,1	7,0	4,9	6,7	7,5	6,5	...	...
* Lebendgeborene	Anzahl	816	876	862	786	895	907	857	804	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	9,1	9,8	9,5	9,0	9,9	10,4	9,5	...	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	1 092	1 088	1 085	1 095	1 167	1 033	1 057	1 114	...
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,2	12,2	12,0	12,5	12,9	11,8	11,7	...	...
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	14	14	19	9	15	6	5	12	...
* je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	17,2	16,0	21,5	10,8	17,0	6,8	5,6	...	...
Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (—)										
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	— 276	— 212	— 223	— 309	— 272	— 126	— 200	— 310	...
	Anzahl	— 3,1	— 2,4	— 2,5	— 3,5	— 3,0	— 1,4	— 2,2	...	...
Wanderungen										
über die Landesgrenze										
* Zugezogene	Anzahl	1 797	1 843	2 315	1 448	1 436	2 009	2 184	...	...
Ausländer	Anzahl	574	656	805	440	486	753	712	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	881	903	966	720	636	1 003	924	...	...
* Fortgezogene	Anzahl	1 887	1 819	2 805	1 677	1 469	2 201	2 575	...	...
Ausländer	Anzahl	407	399	486	369	315	634	537	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	1 078	1 039	1 363	897	857	1 142	1 213	...	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	— 90	+ 25	— 490	— 229	— 33	— 192	— 391	...	...
Ausländer	Anzahl	+ 167	+ 257	+ 319	+ 71	+ 171	+ 119	+ 175	...	...
Erwerbspersonen	Anzahl	— 197	— 136	— 397	— 177	— 221	— 139	— 289	...	...
* innerhalb des Landes Umgezogene	Anzahl	2 537	2 600	2 817	2 553	2 508	2 838	3 003	...	...
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	Anzahl	24 486	23 903	23 737	24 431	26 264	29 670	30 879	31 988	33 568
* Männer	Anzahl	13 237	12 907	12 139	12 745	14 368	15 370	16 179	17 030	18 558
Arbeitslosenquote	%	6,5	6,5	6,4	6,6	7,1	8,1	8,4	8,7	9,1
Kurzarbeiter	Anzahl	1 711	4 265	7 223	8 240	20 614	2 261	6 024	4 984	6 807
Männer	Anzahl	1 575	3 860	6 194	7 032	19 715	1 684	5 006	3 944	5 756
Offene Stellen	Anzahl	3 278	3 159	3 131	2 735	2 456	1 574	1 459	1 321	1 065
Männer	Anzahl	2 320	2 257	2 248	1 946	1 719	1 081	1 038	927	730
Landwirtschaft										
Viehbestand <sup>1)</sup>										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	73,4	73,3	—	—	—	—	—	—	73,3
Milchkühe	1 000	26,2	25,6	—	—	—	—	—	—	25,6
Schweine	1 000	49,4	49,6	—	—	—	—	—	—	49,6
Schlachtungen von Inlandtieren										
* Rinder	Anzahl	3 079	3 017	3 590	3 470	3 121	2 483	3 229	3 045	2 870
* Kälber	Anzahl	87	59	57	66	62	27	48	73	62
* Schweine	Anzahl	8 890	8 722	7 544	9 288	10 681	7 723	8 344	9 907	8 735
Schlachtmengen										
* Rinder	t	1 626	1 599	1 609	1 764	1 729	1 271	1 583	1 613	1 497
* Kälber	t	848	845	993	1 006	880	659	911	830	811
* Schweine	t	702	697	611	752	844	610	668	773	681
Milch										
* Milcherzeugung	1 000 t	9,4	9,7	9,0	8,0	8,5	9,3	8,9	8,1	8,6
* an Molkereien u. Händler geliefert	%	88,8	88,6	90,2	88,7	86,5	87,4	88,0	88,2	88,0
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,2	11,1	10,1	10,5	12,1	11,2	10,6	10,8

1) Ergebnisse der Viehzählungen im Dezember.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980	1980			1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Betriebe	Anzahl	609	597	596	596	596	585	584	582	581
* Beschäftigte	1 000	151	155	157	156	155	155	154	154	153
* Arbeiter <sup>2)</sup>	1 000	119	122	124	123	122	122	121	121	120
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	16 784	16 950	18 652	16 938	14 953	17 347	17 923	16 880	15 324
* Löhne und Gehälter	Mill. DM	397	435	479	501	449	428	499	592	468
* Löhne	Mill. DM	284	312	361	348	317	313	369	395	331
* Gehälter	Mill. DM	113	123	118	153	132	125	130	177	137
* Kohleverbrauch	1 000 t SKE <sup>3)</sup>	480	483	507	482	385	400	490	524	492
* Gasverbrauch <sup>4)</sup>	Mill. cbm.	77	74	75	74	73	84	87	87	87
* Heizölverbrauch	1 000 t	34	24	22	26	28	12	17	21	26
* leichtes Heizöl	1 000 t	7	6	—	—	—	—	—	—	—
* schweres Heizöl	1 000 t	27	18	—	—	—	—	—	—	—
* Stromverbrauch	Mill. kWh	372	375	390	374	341	384	413	403	386
* Stromerzeugung	Mill. kWh	542	560	642	595	398	338	585	638	571
* Umsatz aus eigener Erzeugung	Mill. kWh	1 560	1 643	1 824	1 688	1 627	1 971	1 940	1 822	1 769
* Auslandsumsatz	Mill. DM	519	539	555	518	466	699	649	636	606
* Auftragseingang insgesamt <sup>5)</sup>	1976 = 100	125	129	144	124	121	134	139	122	128
aus dem Ausland	1976 = 100	124	133	128	110	138	145	151	129	150
Index der Nettoproduktion <sup>6)</sup> im Bergbau u. Verarbeitendem Gewerbe										
Bergbau	1970 = 100	111,9	113,0	117,0	118,4	98,2	120,3	123,3	121,4	...
* Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	105,3	102,0	98,0	102,4	79,9	107,5	102,2	108,3	...
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	107,1	111,1	124,4	99,3	47,7	130,1	122,6	115,1	...
Eisenschaffende Industrie	1970 = 100	90,0	86,9	80,8	90,1	71,2	95,5	84,4	97,5	...
* Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	190,1	193,4	211,5	226,4	199,4	218,0	233,4	231,4	...
Fahrzeugbau	1970 = 100	356,1	350,7	399,0	420,2	339,6	473,6	487,7	469,5	...
Maschinenbau	1970 = 100	134,8	144,0	160,4	168,5	151,8	120,6	138,5	146,8	...
Stahlbau	1970 = 100	93,1	108,1	116,4	134,5	155,7	91,1	106,7	121,0	...
* Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	121,7	119,4	120,0	128,1	109,8	118,4	118,6	122,8	...
* Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1970 = 100	104,4	108,1	102,8	105,9	106,9	107,0	103,5	109,2	...
Produktion ausgewählter Erzeugnisse										
Steinkohleförderung	1 000 t	824,1	844,0	902,4	846,7	776,4	953,7	961,1	877,8	832,7
Rohisen	1 000 t	375,1	361,2	346,7	324,1	287,5	364,2	359,3	352,9	331,6
Rohstahl	1 000 t	422,0	404,9	392,5	356,8	313,3	402,7	407,7	402,2	375,5
Walzstahlfertigerzeugnisse	1 000 t	288,9	275,7	268,3	265,8	229,5	319,3	289,7	301,4	272,0
Handwerk <sup>7)</sup>										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	103,7	105,9	—	—	107,3	107,5	—	—	105,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	117,9	129,8	—	—	155,5	143,4	—	—	162,9
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	880,5	842,5	942,1	952,3	760,1	635,4	962,3	1 031,7	920,2
* Stromverbrauch	Mill. kWh	662,1	668,6	700,6	711,8	719,5	643,9	719,7	738,9	769,0
* Gaserzeugung	Mill. cbm	73,4	74,5	73,7	72,9	75,9	74,6	77,2	74,2	76,6
Bauwirtschaft u. Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
* Beschäftigte	Anzahl	21 751	22 434	22 645	22 344	22 061	21 071	20 353	20 213	19 751
dar.: Facharbeiter	Anzahl	11 528	11 472	11 243	11 103	10 992	10 491	10 082	10 046	9 826
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	2 539	2 581	3 189	2 543	1 446	2 860	2 566	2 361	1 421
* Wohnungsbau	1 000	1 018	1 009	1 229	965	629	1 101	863	778	515
* Gewerblicher u. industrieller Bau	1 000	471	554	679	557	364	629	642	599	390
* Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	1 050	1 018	1 281	1 021	453	1 130	1 061	984	516
Hochbau	1 000	206	197	242	214	101	171	169	174	100
Tiefbau	1 000	844	821	1 039	807	352	959	892	810	416
Löhne und Gehälter	Mill. DM	50,1	56,3	63,4	69,4	42,0	58,7	56,5	67,7	43,6
* Löhne	Mill. DM	42,1	47,4	54,5	57,2	32,4	49,9	47,7	56,0	33,3
* Gehälter	Mill. DM	8,0	8,9	8,9	12,2	9,6	8,8	8,8	11,7	10,3
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	141,8	181,3	218,4	191,3	248,9	203,1	196,4	209,9	227,1
Auftragseingang <sup>1)</sup>	Mill. DM	129,0	123,5	94,1	87,4	100,8	117,0	100,4	94,7	76,6
Wohnungsbau	Mill. DM	43,9	38,3	30,1	31,7	36,1	29,3	27,0	36,9	26,2
Gewerblicher u. industrieller Bau	Mill. DM	27,1	29,1	21,1	21,2	23,4	46,7	24,3	33,7	23,7
Öffentlicher u. Verkehrsbau	Mill. DM	58,0	56,1	42,9	34,5	41,3	41,0	49,1	24,1	26,7

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Einschl. gewerblich Auszubildender. 3) Eine Tonne Steinkohleneinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle oder — briketts = 1,3 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. 4) Umgerechnet auf einen Heizwert von 8 400 kcal/Nm<sup>3</sup>-5). Verarbeitendes Gewerbe ohne Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. 6) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. 7) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. 8) 1981 Vorläufige Ergebnisse. 9) Endgültige Ergebnisse.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980	1980			1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	259	276	254	214	153	229	184	149	143
* mit 1 Wohnung	Anzahl	190	185	199	137	92	136	102	93	65
* mit 2 Wohnungen	Anzahl	56	77	45	58	49	75	68	38	60
* mit 3 und mehr Wohnungen <sup>1)</sup>	Anzahl	13	14	10	19	12	18	14	18	18
* Umbauter Raum	1 000 cbm	294	304	238	239	176	285	216	186	204
* Wohnfläche	1 000 qm	44,4	46,9	37,7	38,8	27,6	43,2	33,8	30,3	33,2
* Wohnräume	Anzahl	2 067	2 217	1 818	1 920	1 324	1 965	1 581	1 463	1 563
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	68,0	77,9	63,7	63,3	49,5	80,7	60,8	51,9	58,2
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	33	37	41	20	26	40	38	32	34
* Umbauter Raum	1 000 cbm	159	221	208	143	123	152	148	191	176
* Nutzfläche	1 000 qm	25,9	36,5	36,3	22,7	19,2	25,1	27,7	27,1	32,4
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	23,9	36,1	27,3	20,2	17,5	23,9	53,8	49,0	34,3
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	502	538	435	458	325	517	385	425	426
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	592,4	619,6	645,5	565,8	526,6	749,3	789,2	725,8	678,2
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	12,0	13,0	12,6	9,1	9,5	13,1	15,1	12,3	10,9
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	580,4	606,6	632,9	556,7	517,1	736,2	774,1	713,5	667,4
* Rohstoffe	Mill. DM	23,7	23,6	18,8	25,3	25,6	24,3	24,4	21,0	22,4
* Halbwaren	Mill. DM	84,6	77,9	67,9	71,3	53,8	83,7	93,1	72,9	75,9
* Fertigwaren	Mill. DM	472,0	505,2	546,2	460,2	437,7	628,2	656,7	619,6	569,1
Nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EG - Länder	Mill. DM	386,9	411,7	467,2	425,4	378,8	537,9	568,9	528,0	503,6
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	255,5	262,4	297,4	263,7	238,5	318,1	335,3	309,8	275,3
EFTA -- Länder	Mill. DM	56,4	62,3	68,5	63,6	56,5	91,0	82,3	74,2	62,3
USA und Kanada	Mill. DM	67,4	70,4	32,9	12,2	11,1	27,5	25,1	20,6	18,0
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	55,2	57,7	42,9	34,7	43,4	62,5	61,0	59,2	51,4
Staatshandelsländer	Mill. DM	24,8	16,7	14,7	12,0	19,1	7,2	22,5	17,4	17,1
Einfuhr (Spezialhandel)										
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	379,1	392,4	552,9	362,6	416,4	469,9	505,1	472,2	392,9
Nach Warengruppen										
* Ernährungswirtschaft	Mill. DM	72,6	75,4	80,5	73,1	84,4	82,3	73,4	84,6	92,1
* Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	306,5	317,0	472,4	289,5	332,0	387,6	431,7	387,7	300,8
Aus ausgewählten Ländern										
* EG - Länder	Mill. DM	263,7	247,6	294,3	238,5	257,6	304,4	318,9	332,1	285,3
darunter:										
Frankreich	Mill. DM	193,3	182,6	224,5	181,4	186,3	236,0	247,4	245,4	216,6
EFTA -- Länder	Mill. DM	11,0	10,2	10,0	12,4	12,6	10,3	14,2	11,4	12,5
USA und Kanada	Mill. DM	10,5	12,6	11,3	13,6	13,1	11,1	11,1	15,8	13,0
Entwicklungsländer mit OPEC-L.	Mill. DM	84,3	112,7	215,1	83,8	120,2	122,7	144,0	81,8	67,8
Staatshandelsländer	Mill. DM	4,6	2,8	2,4	3,3	1,9	12,1	2,1	7,8	2,9
Einzelhandel										
* Index der Einzelhandelsumsätze										
insgesamt	1970 = 100	189,1	199,7	213,5	211,5	267,2	...	...	...	...
(einschließlich Mehrwertsteuer)										
Waren verschiedener Art	—	298,0	329,6	351,1	356,3	500,4	...	...	...	...
Nahrungs- u. Genussmittel	—	129,9	133,8	142,8	134,0	159,8	...	...	...	...
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	—	163,4	177,6	216,4	217,1	263,5	...	...	...	...
Hausrat u. Wohnbedarf	—	221,1	232,2	260,9	268,2	317,4	...	...	...	...
Elektro- u. optische Erzeugnisse										
Uhren	—	182,4	189,2	184,1	232,1	399,8	...	...	...	...
Papierwaren u. Druckerzeugnisse	—	179,6	195,2	188,7	193,7	282,7	...	...	...	...
Pharmazeut. kosmet. u. ä. Erzeugn.	—	197,2	205,5	210,4	212,9	244,9	...	...	...	...
Kohle u. Mineralölzeugnisse	—	301,6	301,0	293,1	272,8	314,0	...	...	...	...
Fahrzeuge, Maschinen u. Büro-einrichtungen	—	153,5	151,1	142,5	133,2	135,3	...	...	...	...
Sonstige Waren	—	229,6	240,3	276,9	235,7	234,2	...	...	...	...
Umsatz in Preisen von 1970 insgesamt	1970 = 100	126,1	126,3	134,4	132,4	166,4	...	...	...	...
Beschäftigte	1970 = 100	101,6	100,5	100,3	100,7	101,3	...	...	...	...

1) Einschließlich Wohnheime.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980	1980			1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Gastgewerbe										
* Umsatz	1970 = 100	147,4	148,3	159,5	151,7	156,2	...	...	...	...
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	183,8	191,2	214,5	195,6	191,8	...	...	...	...
Gasträttengewerbe	1970 = 100	142,8	142,8	152,5	146,1	151,6	...	...	...	...
Beschäftigte	1970 = 100	100,9	100,0	99,2	97,2	98,0	...	...	...	...
Fremdenverkehr *3										
* Fremdenmeldungen	Anzahl	30 339	32 710	41 014	32 677	24 121	38 586	38 635	32 237	22 578
* Ausländer	Anzahl	4 758	5 753	6 499	5 078	3 139	6 936	6 650	4 285	2 738
* Fremdenübernachtungen	Anzahl	93 789	99 820	113 703	95 909	81 818	106 627	109 255	93 033	78 513
Ausländer	Anzahl	9 219	11 119	11 763	10 222	6 620	12 764	10 933	8 240	6 353
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
* Bergverkehr Mosel*)	1 000 t	395	442	330	292	222	257	233	345	247
* Talverkehr Mosel*)	1 000 t	305	317	297	277	245	232	319	282	188
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrz.	Anzahl	4 505	4 167	3 914	3 165	2 811	3 560	3 745	3 215	2 790
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	4 087	3 715	3 627	2 925	2 563	3 087	3 410	2 941	2 492
Bestand an Kraftfahrzeugen *1	Anzahl	452 354	465 945	—	—	—	—	—	—	474 421
Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	403 510	414 826	—	—	—	—	—	—	420 290
Straßenverkehrsunfälle										
	Anzahl	2 708	2 792	3 130	2 862	3 280	2 618	3 106	2 788	3 515
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	576	595	652	523	507	634	596	541	487
Unfälle mit nur Sachschaden	Anzahl	2 132	2 197	2 478	2 339	2 773	1 984	2 510	2 247	3 028
Verunglückte Personen	Anzahl	785	801	891	701	663	867	792	740	631
darunter:										
* Getötete	Anzahl	16	18	17	14	15	20	16	16	15
Straßenverkehrsunternehmen *2										
Wagenkilometer insgesamt	1 000	4 978	4 971	3 275	3 012	2 904	3 324	3 310	3 022	2 888
Beförderte Personen insgesamt	1 000	9 049	8 827	8 415	8 038	7 473	7 758	8 661	7 696	7 467
Erlöse aus Beförderungen insgesamt	1 000 DM	10 337	10 225	7 830	7 417	7 362	8 054	8 441	7 899	8 171
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen <sup>1)</sup> (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
* Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>2)</sup>	Mill. DM	14 940,0	16 717,1	17 203,5	17 511,6	17 831,9	18 783,2	18 841,7	18 937,4	19 146,6
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	14 713,8	16 452,4	16 936,6	17 230,1	17 546,0	18 492,7	18 533,9	18 631,1	18 813,8
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	11 843,1	13 171,2	13 593,2	13 848,0	14 078,8	15 072,2	15 043,6	15 165,4	15 333,7
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 870,8	3 281,2	3 343,4	3 382,1	3 467,2	3 420,5	3 490,3	3 465,7	3 480,1
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	3 018,2	3 478,8	3 615,8	3 822,3	3 989,4	4 323,9	4 156,9	4 287,0	4 405,3
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 874,6	3 291,6	3 398,6	3 613,2	3 721,3	4 105,3	3 955,8	4 086,1	4 180,3
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143,6	187,2	217,2	209,1	268,1	218,6	201,1	200,9	225,0
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 039,2	2 074,9	2 102,5	2 105,0	2 092,2	2 184,6	2 217,2	2 207,5	2 247,1
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	1 831,3	1 825,8	1 881,3	1 855,5	1 838,3	1 926,1	1 926,6	1 924,5	1 964,0
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	207,9	249,1	221,2	249,5	253,9	258,5	290,6	283,0	283,1
* Langfristige Kredite (mehr als 4 J.) <sup>3)</sup>	Mill. DM	9 656,4	10 898,6	11 218,3	11 302,8	11 464,4	11 984,2	12 159,8	12 136,6	12 161,4
* an Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	7 137,2	8 053,7	8 313,3	8 379,3	8 519,2	9 040,8	9 161,2	9 154,8	9 189,4
* an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 519,2	2 844,9	2 905,0	2 923,5	2 945,2	2 943,4	2 998,6	2 981,8	2 972,0

\* 1 Jahresende.

\* 2 Ab Juli 1980 nur noch monatliche Erfassung der Unternehmen mit 3 und mehr Mill. Umsatz: Unter 3 Mill. Umsatz vierteljährlich bzw. jährliche Erfassung.

\* 3 Ab Januar 1981 neuer Berichtskreis;

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980	1980			1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	12 751,1	13 657,3	13 750,7	14 073,9	14 589,7	14 748,1	14 744,9	15 042,0	15 626,6
* Sichteinlagen <sup>4)</sup>	Mill. DM	2 292,1	2 344,1	2 332,6	2 662,6	2 627,8	2 396,7	2 382,4	2 698,0	2 675,5
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 088,9	2 129,7	2 105,2	2 416,0	2 392,3	2 216,6	2 171,3	2 485,8	2 469,7
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	173,9	183,9	196,3	215,2	206,0	143,5	170,9	172,1	168,2
Termingelder <sup>4)</sup>	Mill. DM	3 584,4	4 345,6	4 509,2	4 471,7	4 643,2	5 456,1	5 444,1	5 380,5	5 533,4
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	2 642,1	3 337,3	3 497,3	3 527,5	3 521,9	4 215,8	4 224,9	4 181,3	4 283,5
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	850,1	905,8	910,9	847,3	1 035,8	1 123,9	1 104,3	1 088,5	1 116,1
* Spareinlagen	Mill. DM	6 874,6	6 967,7	6 908,9	6 939,6	7 318,7	6 895,3	6 918,4	6 963,5	7 417,7
* bei Sparkassen	Mill. DM	4 263,3	4 297,6	4 255,2	4 271,7	4 498,2	4 248,9	4 259,8	4 291,7	4 571,9
* Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	275,3	291,9	280,9	274,1	334,2	277,0	283,2	299,7	375,7
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	270,9	301,6	263,1	244,5	302,2	289,0	261,7	256,0	304,2
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>										
Konkurse insgesamt <sup>5)6)</sup>	Anzahl	179	149	14	12	18	21	12	18	22
eröffnete Konkurse	Anzahl	33	32	2	2	5	4	2	2	4
Angemeldete Forderungen insgesamt <sup>5)</sup>	1 000 DM	95 931	38 605	3 085	4 148	8 822	2 292	6 028	6 674	9 401
bei eröffneten Konkursen	1 000 DM	51 852	20 360	2 800	2 233	3 160	1 575	4 000	1 330	735
Vergleichsverfahren <sup>5)</sup>	Anzahl	—	2	—	1	—	—	2	—	—
Wechselproteste <sup>7)</sup>	Anzahl	328	355	445	340	436	532	544	509	544
Wechselsumme	1 000 DM	1 468	2 024	2 925	2 303	3 203	2 732	2 975	2 470	3 007
Unbezahlt gebliebene Schecks	Anzahl	1 089	1 156	1 325	1 121	1 069	1 564	1 833	1 667	1 693
Schecksumme	1 000 DM	1 689	2 183	2 770	2 745	2 273	3 637	3 091	2 775	3 253
<b>Steuern</b>										
<b>Steueraufkommen nach Steuerarten im Saarland</b>										
* Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	292 175	302 582	258 273	243 925	474 400	351 515	266 041	347 943	497 520
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	174 246	184 217	147 144	136 961	364 552	239 121	145 721	216 289	372 759
* Lohnsteuer	1 000 DM	124 276	137 335	137 221	127 723	236 315	132 353	140 778	133 348	229 008
* Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	24 754	23 222	3 070	— 5 696	88 159	66 112	— 10 894	— 8 840	67 136
* Körperschaftsteuer	1 000 DM	23 095	21 073	3 869	12 719	41 360	37 433	11 487	89 631	69 517
* Steuern vom Umsatz	1 000 DM	117 929	118 364	111 128	106 964	109 849	112 392	120 320	131 654	124 761
* Umsatzsteuer	1 000 DM	55 341	51 956	50 533	42 524	42 127	53 078	44 556	56 865	45 191
* Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	62 588	66 409	60 595	64 440	67 722	59 314	75 764	74 789	79 570
* Bundessteuern	1 000 DM	10 783	10 996	11 293	11 289	14 313	10 308	10 382	10 483	—
* Landessteuer <sup>1)</sup>	1 000 DM	22 511	20 489	19 048	27 858	18 536	18 347	19 395	29 812	16 979
* Gemeindesteuern	1 000 DM	34 486	39 087	—	96 305	—	—	—	123 449	—
<b>Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften</b>										
* Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	159 893	157 383	142 672	148 898	183 028	187 590	149 017	188 207	—
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	76 692	80 057	63 050	59 327	157 942	104 675	63 119	98 807	164 169
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	68 468	62 893	68 179	60 132	— 10 388	72 514	75 373	71 242	73 707
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	3 907	3 437	75	9 075	10 578	93	143	7 675	8 406
* Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	152 157	158 727	124 958	142 980	307 191	162 848	127 456	196 568	240 453
* Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	76 692	80 057	63 050	59 327	157 947	104 675	63 119	98 807	164 169
* Anteil an den Steuern v. Umsatz	1 000 DM	49 461	55 471	42 950	46 833	120 237	39 878	44 947	60 411	51 054
* Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	3 907	3 437	75	9 075	10 578	93	143	7 675	8 406
* Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	47 697	56 474	—	202 429	—	—	—	233 211	—
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto)	1 000 DM	17 292	22 891	—	31 202	—	—	—	64 499	—
* Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	21 039	23 796	—	144 983	—	—	—	141 935	—
<sup>1)</sup> einschließlich Spielbankabgabe										
<b>Preise</b>										
<b>Preisindex für ausgewählte Warengruppen</b>										
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	106,6	111,5	111,5	112,5	112,8	116,1	117,2	118,0	118,5
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	116,5	124,8	127,3	127,5	127,6	134,1	135,2	135,9	135,9
Wohnungsmieten	1976 = 100	108,5	113,8	114,9	115,3	115,3	120,0	120,5	120,8	121,3
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	120,6	133,2	136,0	139,6	140,8	156,2	156,6	160,1	159,2
Waren u. Dienstl. für die Haushaltsf.	1976 = 100	108,5	113,4	114,3	115,1	115,5	118,5	118,9	119,8	120,3
Waren u. Dienstl. f. Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	109,8	117,1	118,1	118,2	119,2	130,9	129,7	129,0	128,8
Waren u. Dienstl. f. Gesundheits- und Körperpflege	1976 = 100	108,9	113,6	114,6	114,9	114,9	118,9	119,0	119,2	119,5
Waren u. Dienstl. f. Bildungs- u. Unterhaltungszwecke	1976 = 100	107,2	110,0	110,7	111,6	111,6	116,7	116,9	117,3	117,3
Persönliche Ausstattung sonstige Waren u. Dienstleistungen	1976 = 100	113,6	119,5	121,5	121,5	122,3	127,6	127,7	127,7	128,3

1) Ohne Kredite von -/und Einlagen bei der Landeszentralbank im Saarland. — 2) Ohne Schatzwechsel, Unverzinsliche Schatzanweisungen und Bestände an Wertpapieren. — 3) Durchlaufende Kredite ab Dezember 1980 nur noch in langfristigen Krediten enthalten. — 4) Einschließlich Sparbriefe, Namens - Sparschuldverschreibungen und Namensschuldverschreibungen. — 5) Jahresergebnis statt MD. — 6) Eröffnete und mangels Masse abgelehnte Konkursverfahren. — 7) Ohne Proteste von Privaten durch Gerichtsvollzieher, Notare und Postanstalten.

# ZAHLENSPIEGEL für das SAARLAND

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980		1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	Januar	April	Juli	Oktober
Löhne und Gehälter								
Arbeiter in Industrie u. Hoch- und Tiefbau								
Bruttowochenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	554	587	600	594	607	629	639
* darunter Facharbeiter	DM	588	625	643	632 r	640	665	674
* weibliche Arbeiter	DM	368	389	394	399	410	419	421
* darunter Hilfsarbeiter	DM	363	383	391	393	405	414	416
Bruttostundenverdienste								
* männliche Arbeiter	DM	13,09	13,98	14,32	14,45	14,71	15,08	15,18
* darunter Facharbeiter	DM	13,78	14,71	15,08	15,24 r	15,46	15,84	15,93
* weibliche Arbeiter	DM	9,28	9,85	10,08	10,18	10,40	10,61	10,72
* darunter Hilfsarbeiter	DM	9,20	9,78	10,04	10,08	10,33	10,54	10,62
Angestellte, Bruttomonatsverdienst								
in Industrie u. Hoch- u. Tiefbau								
* kaufmännische Angestellte,								
* männlich	DM	3 188	3 384	3 454	3 333	3 479	3 594	3 601
* weiblich	DM	2 112	2 253	2 307	2 262	2 332	2 409	2 408
technische Angestellte,								
männlich	DM	3 554	3 808	3 883	3 774	3 899	4 079	4 111
weiblich	DM	2 137	2 281	2 311	2 317	2 347	2 474	2 502
* in Handel, Kredit u. Versicherungen								
* kaufmännische Angestellte								
* männlich	DM	2 637	2 820	2 879	2 917	2 957	3 004	3 043
* weiblich	DM	1 709	1 840	1 877	1 922	1 933	1 973	2 001

# BUNDESZAHLEN

Berichtsmerkmal	Einheit	1979	1980				1981			
		Monatsdurchschnitt		Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung	1 000	61 359	61 566	61 670	61 667	61 658	61 719	...	...	...
Arbeitslose	1 000	876	889	888	968	1 118	1 256	1 366	1 490	1 704
Männer	1 000	417	426	400	457	583	616	679	773	955
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe <sup>1)</sup>										
Beschäftigte	1 000	7 607	7 660	7 686	7 657	7 600	7 514	7 473	7 442	7 381
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std	771	763	840	762	694	760	782	750	680
Umsatz	Mill. DM	92 113	99 712	110 589	100 056	102 196	114 642	114 756	110 675	110 897
Index der Nettoproduktion 10)										
im Bergbau u. Verarbeitenden Gewerbe	1976 = 100	109,6	109,6	111,1	119,0	108,2	110,8	112,5	118,0	...
Bergbau	1976 = 100	98,3	98,2	97,4	101,1	99,7	96,0	100,8	104,9	...
Grundstoffe u. Produktionsgüter	1976 = 100	112,6	108,5	108,6	110,3	92,1	107,7	107,6	110,0	...
Investitionsgüter	1976 = 100	110,4	112,9	114,2	125,9	120,8	117,2	118,0	126,0	...
Verbrauchsgüter	1976 = 100	107,8	106,5	110,8	117,8	101,0	105,2	107,3	112,1	...
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	105,3	107,4	109,4	119,6	110,7	107,2	114,0	119,1	...
Steinkohlenförderung	1 000 t	7 193	7 262	7 764	6 854	6 854	7 411	7 738	7 440	...
Rohbraunkohlenförderung	1 000 t	10 882	10 819	11 998	11 637	12 116	10 875	11 792	11 855	...
Produktion von Rohstahl	1 000 t	3 837	3 653	3 633	3 496	2 759	3 542	3 614	3 616	3 092
Roheisen	1 000 t	2 931	2 823	2 750	2 621	2 252	2 660	2 711	2 705	2 419
Walzstahl	1 000 t	2 734	2 638	2 825	2 493	2 225	2 746	2 723	2 713	2 389
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 240,2	1 262,8	1 278,6	1 265,3	1 242,5	1 226,2	1 228,3	1 206,0	...
Löhne und Gehälter	Mill. DM	2 821,1	3 120,1	3 629,7	3 831,9	2 587,1	3 473,2	3 469,0	4 095,0	...
Geleistete Arbeitsstunden insgesamt	Mill.	143 687	145 413	181 691	144 505	91 171	163 796	162 816	140 707	...
für Wohnungsbau	Mill.	59 716	59 621	73 666	57 262	31 170	66 327	65 728	56 397	...
gewerblichen u. industriellen Bau	Mill.	31 870	33 467	39 984	33 267	23 611	36 825	37 543	32 835	...
Produktionsindex Baugewerbe <sup>2)</sup>	1976 = 100	117,4	114,2	127,1	123,6	82,0	125,5	...	...	...
Handel										
Einfuhr	Mill. DM	24 337	28 438	30 343	28 433	29 262	30 924	32 395	32 174	30 808
Ernährungswirtschaft	Mill. DM	3 329	3 614	3 867	3 682	3 969	3 781	4 235	4 335	4 414
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	20 704	24 465	26 008	24 304	24 939	26 785	27 717	27 365	26 031
Ausfuhr	Mill. DM	26 206	29 200	32 016	28 810	30 273	34 408	37 737	36 120	35 949
Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	24 720	27 447	29 971	27 053	28 404	32 267	35 576	33 986	33 740
Fertigwaren	Mill. DM	22 107	24 338	26 825	24 039	25 239	28 530	31 897	30 553	30 597 <sup>p</sup>
Einzelhandelsumsätze in jeweiligen Preisen	1970 = 100	191,5	202,2	219,1	218,2	266,4	197,4 <sup>p</sup>	227,4 <sup>p</sup>	224,7 <sup>p</sup>	278,1
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftl. Produkte <sup>3)</sup>	1976 = 100	96,9	99,3 <sup>4)</sup>	98,8	101,1	102,8	107,0	108,3 <sup>p</sup>	110,4 <sup>p</sup>	111,5 <sup>p</sup>
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1976 = 100	108,9	117,1	118,7	119,5	120,0	128,2	129,0	129,5	129,8
Preisindex für Wohngebäude <sup>5)</sup>	1976 = 100	121,1	134,1	—	136,9	—	—	—	143,7	—
Preisindex für die Lebenshaltung <sup>6)</sup>										
Lebenshaltung insgesamt	1976 = 100	110,9	117,0	117,9	118,6	119,3	125,4	125,8	126,4	126,8
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	108,2	112,7	112,5	113,1	113,8	118,3	119,0	119,8	120,3
Kleidung, Schuhe	1976 = 100	114,2	120,8	122,6	123,2	123,4	127,9	128,6	129,5	129,7
Wohnungsmieten	1976 = 100	109,8	115,4	116,7	117,0	117,3	121,7	122,2	122,6	123,0
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1976 = 100	124,8	137,6	137,6	141,1	145,4	164,7	163,8	166,0	166,4
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1976 = 100	110,2	116,7	118,1	119,1	119,7	124,0	124,8	126,1	126,7
Geld und Kredit <sup>7)</sup>										
Bargeldumlauf	Mill. DM	86 374	91 191	88 010	91 152	91 191	88 497	88 485	91 049	91 607
Einlagen inländischer Nichtbanken bei Kreditinstituten	Mill. DM	1 085 888	1 155 723	1 094 727	1 122 204	1 155 723	1 155 266	1 161 043	1 182 587	1 217 985 <sup>p</sup>
Spureinlagen	Mill. DM	478 410	485 801	460 469	461 842	485 801	451 503	451 878	454 180	482 987 <sup>p</sup>
Kredite an <sup>8)</sup>										
Unternehmen und Privatpersonen <sup>9)</sup>	Mill. DM	1 039 511	1 140 587	1 102 481	1 116 257	1 140 434	1 196 309	1 201 510	1 204 943	1 223 149 <sup>p</sup>
Öffentliche Haushalte	Mill. DM	300 539	321 700	314 417	321 429	321 558	350 164	355 685	362 458	368 908 <sup>p</sup>
Steuern (ab 1970 ohne durchlfd. Posten)										
Kassenmäßige Einnahmen aus Bundes- u. Landessteuern	Mill. DM	24 798	26 136	23 767	24 640	47 831	34 451	24 350	24 710	48 903
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 129	3 066	578	295	8 993	7 835	301	95	8 375
Umsatz- und Umsatzausgleichsteuer	Mill. DM	7 018	7 787	7 441	8 869	8 824	7 227	7 916	8 740	8 762
Zölle	Mill. DM	343	384	419	415	449	462	430	413	430
Tabaksteuer	Mill. DM	892	940	935	996	1 977	942	959	1 068	1 958
Branntweinmonopol	Mill. DM	334	324	305	238	360	256	284	248	690

1) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. 2) Ohne Ausbaugewerbe. 3) Ohne Umsatz- (Mehrwert-) steuer und ohne Auswertungsausgleich. 4) Die Durchschnitte wurden berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittsmeßzahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1976. 5) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-) steuer. 6) Aller privaten Haushalte. 7) Stand am Monatsende; statt MD Bestand am Jahresende. 8) Kredite aller Kreditinstitute an Nichtbanken. 9) Einschließlich Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost. 10) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. p) Vorläufige Zahl.



## Mitteilung des Amtes

### **Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) grundlegend revidiert**

Die VGR der Länder werden zur Zeit durch Revisionsarbeiten in ihren einzelnen Teilen in stärkerem Maße aufeinander abgestimmt. Hierbei wird auf der Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsseite des Bruttosozialprodukts zusätzliches Datenmaterial aus mehrjährigen statistischen Erhebungen eingearbeitet. Gleichzeitig wurden rechentechnische Vereinfachungen und Verfahrensänderungen berücksichtigt, die aus dem geänderten Materialbestand oder aus sonstigen Entwicklungen des Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen resultieren.

Nach Abschluß der VGR — Länderrevision im Laufe des Jahres 1982 wird eine Gesamtdarstellung vergleichbarer Ergebnisse in einer Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Landesämter herausgegeben werden. In der Zwischenzeit werden die laufenden aktuellen Berechnungen parallel zu den Revisionsarbeiten fortgesetzt, allerdings zum Teil in reduzierter Gliederungstiefe bzw. eingeschränkter Vergleichbarkeit, die sich aus unterschiedlichen Berechnungsständen gegenüber der mehrfach geänderten Bundesrechnung ergibt. Mit Vorlage revidierter Länderwerte in der 2. Jahreshälfte 1982 werden diese bisher in Kauf zu nehmenden Einschränkungen entfallen. Die Statistischen Landesämter haben jedoch weitere Zusatzarbeiten bei den VGR zu bewältigen. Denn das Statistische Bundesamt hat begonnen, die Berechnung gesamtwirtschaftlicher Aggregate in konstanten Preisen umzubasieren, d. h. von der Preisbasis 1970 auf das Jahr 1976 umzustellen. Ferner ist vorgesehen, auf das System der Nettoverbuchung der Umsatzsteuer überzugehen und z. B. die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche künftig ohne Mehrwertsteuer auszuweisen, um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zu verbessern. Entsprechende Berechnungen auf Länderebene werden zur Zeit vorbereitet. Die Umstellung auf das Nettosystem und auf die neue Preisbasis wird sich auf die Ergebnisse einer Reihe von Berichtsjahren erstrecken. Diese Arbeiten können voraussichtlich bis Mitte 1983 zum Abschluß kommen.

### **Sonderheft „Produzierendes Gewerbe 1981“**

Mit dem Sonderheft Nr. 117 veröffentlicht das Statistische Amt des Saarlandes eine detaillierte Zusammenfassung der Jahresergebnisse der Statistiken des Produzierenden Gewerbes. Der umfangreiche Tabellenteil bringt regional und wirtschaftssystematisch tiefgegliederte Daten zu den Wirtschaftsabteilungen: Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe.

Dem Tabellenteil ist eine Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung des abgelaufenen Jahres vorangestellt.

### **Nächste Volkszählung am 27. April 1983**

Mit der Zustimmung von Bundestag und Bundesrat am 4. bzw. 5. März 1982 zu einem Kompromißvorschlag des Vermittlungsausschusses in der Finanzierungsfrage ist ein langwieriges Gesetzgebungsverfahren zum Abschluß gekommen. Danach wird am 27. April 1983 in der Bundesrepublik Deutschland die nächste Volkszählung, verbunden mit einer Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung, durchgeführt.

Ihre Ergebnisse sind unentbehrliche Grundlage für gesellschafts- und wirtschaftspolitische Planungen und Entscheidungen des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Die Volkszählung wird nicht zuletzt das benötigte Basismaterial für die laufende Fortschreibung des Bevölkerungsstandes zwischen den Zählungen liefern. Die letzte Volkszählung in der Bundesrepublik Deutschland fand am 27. Mai 1970 statt.

**Sonderheft "Gehalts- und Lohnstrukturhebung in der gewerblichen Wirtschaft 1978" erscheint demnächst.**

Das in der Reihe "Saarland in Zahlen" erscheinende Sonderheft enthält eine ausführliche tabellarische Ergebnisdarstellung der Gehalts- und Lohnstrukturhebung für Oktober 1978 und das Jahr 1978.

Diese Erhebungen sind eine wertvolle Ergänzung und Vervollständigung der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel sowie im Handwerk. Primäre Aufgabe dieser Sonderstatistiken ist es, wichtige Informationen über das Lohn- und Gehaltsgefüge sowie über die Zusammensetzung der Arbeitnehmerschaft sowohl für die Bundesrepublik als auch die einzelnen Bundesländer zu liefern.

**Preis: 10,00 DM**

**Faltblatt "BILDUNG 81" erschienen**

Das Statistische Amt des Saarlandes hat eine kleine Broschüre mit dem Titel "BILDUNG 81" — Kurzinformationen — herausgegeben. Sie enthält bildungsstatistische Grund- und Strukturdaten, angefangen von den Kindertageseinrichtungen über allgemeinbildende und berufliche Schulen, Studenten, Prüfungskandidaten, Personal und Raumbestand der Hochschulen bis hin zur Erwachsenenbildung im Saarland. Ergebnisse der Schulabgängerbefragungen über Ausbildungs- und Studienabsichten sind ebenso zu finden wie Daten über die Auszubildenden im Saarland.

Benutzer, die sachlich, zeitlich und regional tiefer gegliederte Daten der amtlichen Statistik benötigen, seien auf den Quellennachweis verwiesen, in welchem alle Publikationen des Statistischen Amtes mit Angaben über das Bildungswesen des Saarlandes verzeichnet sind.

Das Faltblatt "BILDUNG 81" kann beim Statistischen Amt des Saarlandes, Hardenbergstr. 3, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/505-938, bezogen werden.

**Faltblatt "Saarland heute — 1982" erscheint zur Eröffnung der Saarmesse**

**Sonderhefte "Landwirtschaftszählung 1979" erscheinen demnächst**

In der Reihe "Saarland in Zahlen" werden in Kürze die wichtigsten Ergebnisse der Landwirtschaftszählung 1979 veröffentlicht. Ein Heft wird dabei im wesentlichen methodische Fragestellungen und allgemeines Zahlenmaterial enthalten, während im zweiten Sonderheft regional nach Land, Kreisen und Gemeinden gegliederte Tabellen dargestellt werden.

**Preis pro Heft: 7,00 DM**

## Buchbesprechung

**Abels H./Degen H.: Handbuch des Statistischen Schaubilds**

— Konstruktion, Interpretation und Manipulation von  
graphischen Darstellungen —

312 Seiten, kartoniert

**Verlag:** Neue Wirtschaftsbriefe  
Herne/Berlin, 1981

Eine Reihe ausgezeichnete Fachliteratur befaßt sich mit der Erfassung und Interpretation von statistischen Daten. Wie diese Merkmale nun dargestellt werden sollen, wird in den methodisch ausgerichteten Büchern meist nur am Rande angesprochen. Diese Lücke will das Buch schließen.

Anhand von zum großen Teil bereits veröffentlichten Schaubildern versuchen die Autoren Positives und Negatives bei der Erstellung von Diagrammen aufzuzeigen. Sie wollen dem Konstrukteur eines Schaubildes Hilfen geben, Darstellungen einfacher und aussagekräftiger, aber auch originell und auffallend zu gestalten.

Zusätzlich erläutern sie im Teil B spezielle methodische Fragestellungen an Beispielen.

# VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN AMTES DES SAARLANDES

## I. Zusammenfassende Schriften

### **Statistisches Handbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Taschenbuch für das Saarland".

Das Statistische Handbuch vermittelt aus dem Bereich der amtlichen Statistik die jeweils aktuellen Ergebnisse. Dem Benutzer steht reiches Zahlenmaterial aus sämtlichen Bereichen des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens zur Verfügung. Durch Zeit- und regionale Vergleiche lassen sich Entwicklungen in der Bevölkerungs-, der Wirtschafts- und Sozialstruktur erkennen.

### **Statistisches Taschenbuch für das Saarland**

Erscheint zweijährlich im Wechsel mit "Statistisches Handbuch für das Saarland".

Das Statistische Taschenbuch will die jährliche Erscheinungspause des "Handbuchs" durch Publizierung der jeweils neuesten, wichtigsten Daten der amtlichen Statistik ausfüllen. In seiner Gliederung ist es nicht so differenziert angelegt wie das bedeutend umfangreichere "Handbuch". In einem Anhang werden zusätzlich die wichtigsten Daten der amtlichen Statistik für das Bundesgebiet aufgeführt.

### **SAARLAND HEUTE – Statistische Kurzinformationen**

## II. Fachstatistische Schriften

### **Handbuch Steuern und Finanzen**

Erscheinungsweise jährlich.

Das Handbuch stellt Grunddaten über die aktuelle Finanzsituation im öffentlichen Bereich zur Verfügung. Angegeben sind sowohl einfache Bestandszahlen als auch funktional gegliederte Ergebnisse für Gemeinden und Land.

### **Statistische Berichte**

Zur schnellen Unterrichtung von Verwaltung und anderen Interessenten werden hier die neuesten Ergebnisse der laufenden Statistiken wie auch die ersten Resultate von Sondererhebungen veröffentlicht. Ihre sachliche Gliederung ist sehr differenziert und bundeseinheitlich festgelegt.

### **BILDUNG 81 – Kurzinformationen**

## III. Reihen

### **Einzelschriften zur Statistik des Saarlandes**

In dieser Reihe, die bis heute etwa 55 Einzelschriften umfaßt, werden aus dem gesamten Spektrum der amtlichen Statistik schwerpunktmäßig Einzelthemen behandelt.

### **Saarland in Zahlen (Sonderheft)**

In dieser Serie werden die Ergebnisse von periodisch wiederkehrenden Zählungen veröffentlicht.

## IV. Verzeichnisse

wie Gemeindeverzeichnis, Schulverzeichnis, Krankenhausverzeichnis, Märkte im Saarland usw. werden jährlich aktualisiert herausgegeben.

# Veröffentlichungen der amtlichen Statistik des Saarlandes im 4. Quartal 1981

## Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Oktober 1981

### Statistische Berichte

Gerichtliche Ehelösungen 1980	A II 2 — j — 1980
Wanderungen 1980	A III 1 — j — 1980
Schweinebestand im August 1981	C III 1 — vj — 3/81
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe im Juni 1981 (Halbjahresvergleich)	E I 1 — m — 6/81
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe im Juli 1981	E I 1 — m — 7/81
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im Juli 1981	F I 1,3 — m — 7/81 F I 4
Außenhandel im Juni 1981 — Halbjahresergebnis —	G III 1,3 — m — 6/81
Straßenverkehrsunfälle im Mai 1981	H I 1 — m — 5/81
Preisindex für Bauwerke August 1981	M I 4 — vj — 3/81
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Juni 1981 —	P II — m — 6/81

### Veröffentlichungen

Statistische Nachrichten  
— Vierteljahresheft — Ausgabe 3/1981  
Verzeichnis der Märkte im Saarland 1982

## Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat November 1981

### Statistische Berichte

Sterbefälle nach Todesursachen im 2. Vierteljahr 1981	A IV 3 — vj — 2/81
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1981/82 Teil I: Übersicht u. Verzeichnis	B I 1 — j — 1981/82, I
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe im August 1981	E I 1 — m — 8/81
Bauhauptgewerbe und Ausbau- gewerbe im August 1981	F I 1,3 — m — 8/81 F I 4
Außenhandel im Juli 1981	G III 1,3 — m — 7/81
Personal im öffentlichen Dienst am 30. Juni 1980	L III 2 — j/80
Schuldenstand von Land und Gemeinden/Gv. am 31. 12. 1980	L III 1 — j/80
Preisindex für die Lebenshaltung September 1981	M I 2 — m — 9/81

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 1980	M I 7 — j — 1980
Bruttoinlandsprodukt nach Kreisen im Saarland 1978	P I 2 — 2j — 1978
Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Juli 1981 —	P II — m — 7/81

### Veröffentlichungen

Handbuch *"Steuern und Finanzen 1979"*

## Veröffentlichungen des Statistischen Amtes des Saarlandes im Monat Dezember 1981

### Statistische Berichte

Bevölkerungsentwicklung im 2. Vierteljahr 1981	A I 1 — vj. 2/81
Bevölkerungsstand am 30. Juni 1981	A I 2
Wanderungen im 2. Vierteljahr 1981	A III 1 — vj — 2/81
Sterbefälle 1980 nach Todes- ursachen, Geschlecht und Altersgruppen	A IV 3 — j/80
Allgemeinbildende Schulen im Schuljahr 1980/81 Teil II: Ergebnistabellen	B I 1 — j — 80/81 — II
Studien- u. Berufswünsche im Saarland 1981	B I 3 — j/1981
Auszubildende 1980 Ergebnisse der Berufsbildungs- statistik — Stand: 31. 12. 1980	B II — 5 — j/80
Vorschulerziehung im Saarland Kindertages- und Vorschuleinrichtungen 1981	B V 8 — j / 1981
Rechtskräftig Abgeurteilte und Verurteilte im Jahre 1980	B VI 1 — j — 1980
Strafvollzug im Saarland 1980/81	B VI 6 — j — 1980/81
Agrarberichterstattung 1979 Viehhaltung in den landwirt- schaftlichen Betrieben	CO—AB/EG—1979 2
Agrarberichterstattung 1979 Standardbetriebseinkommen der land- u. forstwirtschaftl. Betriebe	CO—AB/EG—1979 3
Flächenerhebung 1981	CI 1/S—2 j—1981
Schlachtungen u. Fleischanfall im 3. Vierteljahr 1981	C III 2 — vj — 3/81
Milcherzeugung u. -verwendung im 3. Vierteljahr 1981	C III 3 — vj — 3/81
Bergbau u. Verarbeitendes Gewerbe im September 1981	E I 1 — m — 9/81

Das Handwerk im 2. Viertelj. 1981 E V 1 — vj — 2/81  
 Ergebnisse der repräsentativen  
 Handwerksberichterstattung

Bauhauptgewerbe und Ausbau- F I 1,3 — m — 9/81  
 gewerbe im September 1981 F I 4

Außenhandel im August 1981 G III 1,3 — m — 8/81

Fremdenverkehr im Winterhalbjahr 1980/81 G IV 1,2 — hj — 1/81

Straßenverkehrsunfälle im Juni 1981 H I 1 — m — 6/81  
 — Halbjahresergebnisse —

Straßenverkehrsunfälle im Juli 1981 H I 1 — m — 7/81

Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1981 u. Neuzulassungen im Jahre 1980 H I 2 — hj — 2/80

Sozialhilfe im Saarland 1980 K I 1 — j/1980  
 Teil 1: Ausgaben und Einnahmen

Öffentliche Jugendhilfe im Jahre 1980 K I 3 — j/1980

Preisindex für die Lebenshaltung Oktober 1981 M I 2 — m — 10/81

Preisindex für die Lebenshaltung November 1981 M I 2 — m — 11/81

Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis August 1981 P II — m — 8/81

Aktuelle Wirtschaftszahlen für das Saarland — Januar bis Sept. 1981 P II — m — 9/81

#### Veröffentlichungen

NEUE REIHE —Saarländische Kreiszahlen— Ausgabe 1981

STATISTISCHE NACHRICHTEN —Vierteljahresheft— Ausgabe 4/1981